DER PARITÄTISCHE
HESSEN

Jahresbericht 2020

INHALT

Inhalt

Vorwort 4

Aus den Fachreferaten

Altenhilfe, Pflege und Gesundheit 6
Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung 7
Behindertenhilfe 8
Europa 9
Frauen/Mädchen 10
Grundsatz 11
Kinder- und Jugendhilfe 12
Migration 13
Soziale Notlagen 14
Soziale Psychiatrie 15
Suchthilfe 16
Recht 17
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 18

Service und Schwerpunkte

Corona 20
Kita-Fachberatung 21
Finanz- und Betriebsmanagement 22
Fördermittel 23
Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung 24
Projekt Flucht und Asyl 25
Beratung gegen Rechts 26
Projekt VeBB 27
Schwerpunktthema Wohnen 28
Cafémobil 29

Aus den Regionen

Regionalgeschäftsstellen 31
Offenbach 32
Darmstadt 33
Frankfurt am Main 34
Wiesbaden 35
Gießen 36
Kassel 37
Fulda 38

Zahlen und Fakten

Neue Mitgliedsorganisationen 2020 40
Mitgliederstatistik 42
Mitgliederentwicklung 43
Paritätische Projekte gGmbH 44
Organigramm 45
Autor*innen 46
Bildnachweis, Impressum 47

LIEBE PARITÄTER*INNEN, LIEBE LESER*INNEN,

VORWORT

ein winziger, stacheliger Krankheitserreger zwingt die Welt 2020 in die Knie. Weltweit forderte die Corona-Pandemie Millionen Tote, auch in Hessen mehrere Tausend.

Das alltägliche Leben wurde in vielerlei Hinsicht beeinträchtigt, und besonders die Einrichtungen der Altenpflege erreichten und überschritten in der Pandemie ihre Belastungsgrenzen. Aber auch für alle anderen Bereiche sozialer Arbeit brachte sie immense Herausforderungen. Die Zusammenarbeit mit den Klient*innen musste aufgrund der Kontaktbeschränkungen völlig neu gedacht und organisiert werden. Hier waren kreative Wege gefragt. Und sie wurden gefunden, so etwa in unserem inklusiven Caféprojekt in Wiesbaden, das Sie auf dem Titelbild sehen.

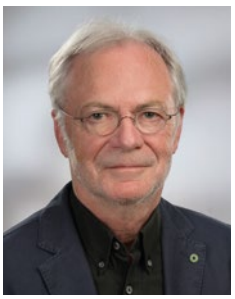
In dieser historisch einmaligen Situation setzt sich der Paritätische Hessen auf allen Ebenen dafür ein, dass die soziale Infrastruktur gesichert und gestärkt wird, denn sie ist aktuell wichtiger denn je. Die Corona-Pandemie belastet arme Menschen und Menschen in prekären Lebenslagen besonders stark und verstärkt die Einkommens- und Bildungsungleichheit erheblich – global, bundesweit, in Hessen und auch auf lokaler Ebene. Die Krise muss als Chance genutzt werden, radikal umzusteuern und die Gesellschaft sozial und ökologisch nachhaltig neu zu gestalten. Bei der Digitalisierung, die durch die Kontaktbeschränkungen einen enormen Schub erfahren hat, muss das Augenmerk darauf liegen, dass Menschen nicht abgehängt werden, weil sie sich die technische Ausstattung nicht leisten können oder ihnen Computerkenntnisse fehlen.

Wir fordern, dass die Belastungen der Krise gerecht verteilt werden. Die schon längst überfällige höhere Besteuerung der Superreichen muss jetzt endlich kommen. Die Regelsätze in der Grundsicherung müssen erhöht werden. Dass den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Vermögens gehören, ist nicht länger hinnehmbar. Schon vor der Corona-Krise war die Armutsquote in Hessen auf einem Höchststand, jetzt zeichnet sich eine weitere Steigerung ab.

Mit großer Sorge beobachten wir, wie die politischen Verwerfungen im Jahr 2020 noch einmal zugenommen haben. Mit „Corona-Diktatur" und „Rückführungspatenschaften" sind zwei sehr treffende Unworte des Jahres gewählt worden. Während selbst ernannte Querdenker ihre Grundrechte durch die Maskenpflicht bedroht sehen, werden wahre Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen der Europäischen Union mit zynischen Worten verbrämt oder gehen im Getöse unter. Und solidarische Lösungen zu finden wurde leider versäumt, zum Beispiel obdachlose und geflüchtete Menschen in ohnehin leerstehenden Hotels unterzubringen.

Tief erschüttert und alarmiert hat uns der Terroranschlag in Hanau am 19. Februar 2020, bei dem ein Rechtsextremist aus rassistischen Motiven neun Menschen erschossen hat. Die Tat ist uns aber auch Ansporn, nicht nachzulassen in unserem Engagement für Offenheit, Vielfalt und Toleranz und gegen jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Wir danken allen, die sich mit uns für eine soziale und solidarische Gesellschaft engagieren, insbesondere unseren Mitgliedsorganisationen und ihren Mitarbeiter*innen, die in der Corona-Pandemie vielfach über sich hinausgewachsen sind. Den vielen ehrenamtlichen Helfer*innen und unseren Mitarbeiter*innen danken wir für ihr Engagement im Verband und ihre Mitwirkung in zahlreichen Gremien. Kommen Sie gut durch die schwierigen Zeiten!



Ihr Dr. Wolfgang Werner
Vorstandsvorsitzender

Ihre Dr. Yasmin Alinaghi
Landesgeschäftsführerin

AUS DEN FACHREFERATEN

Videoanrufe auf dem Tablet ermöglichten manchen Senior*innen während des Lockdowns virtuellen Kontakt mit Angehörigen.

ALTENHILFE, PFLEGE UND GESUNDHEIT

Corona trifft die Altenhilfe schwer

Das Jahr 2020 startete im Bereich der Altenhilfe mit den Verhandlungen des Rahmenvertrags für die ambulante Pflege. Alle Vorbereitungen waren abgeschlossen, die Verhandlungsgruppen konstituiert. Dann wurde mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie alles anders.

Sehr schnell war klar, dass dieses Virus besonders gefährlich für Menschen in Alten- und Pflegeeinrichtungen ist. Wo das Virus Eingang fand, verbreitete es sich extrem schnell, sowohl bei Bewohner*innen als auch bei Mitarbeitenden. Viele der erkrankten Bewohner*innen haben die Infektion nicht überlebt. War eine Einrichtung betroffen, so hatte sie neben der intensiven Pflege der Erkrankten auch mit dem Ausfall erkrankter Mitarbeiter*innen und verordneten Quarantänezeiten zu kämpfen. Extreme Engpässe in der Versorgung konnten oft nur durch Hilfe und Unterstützung von außen bewältigt werden. Zudem mangelte es an Schutzmaterial wie Masken, Handschuhen, Schutzkitteln und Desinfektionsmitteln.

In der Anfangsphase der Pandemie war noch wenig über das Virus, seine Eigenschaften, Verbreitungswege und Therapiemöglichkeiten bekannt. Klar war jedoch: Alte Menschen sind besonders gefährdet und müssen geschützt werden. Dies führte dazu, dass die Einrichtungen für Besucher*innen geschlossen wurden. Gemeinschaftsaktivitäten in den Häusern wurden eingestellt, die Bewohner*innen in ihren Zimmern isoliert. Das alltägliche Leben war lahmgelegt.

Gesundheitswesen am Limit

Das Gesundheitswesen kam an seine Grenzen. Die Gesundheitsämter waren nicht mehr in der Lage, Infektionsketten nachzuverfolgen. Die Krankenhäuser und Intensivstationen arbeiteten am Limit oder auch darüber hinaus. In dieser ersten Zeit wurde deutlich, was an Strukturen fehlte oder nicht funktionierte, welche Engpässe sich auftaten und wo Kommunikationswege mangelhaft waren oder auch ganz fehlten. Nach massivem Drängen der Wohlfahrtsverbände wurden diese an einem Krisenstab des Hessischen Sozialministeriums beteiligt. In diesem Gremium aus Vertreter*innen des Ministeriums, der Aufsichtsbehörden, der Gesundheitsämter sowie der Verbände der Leistungserbringer und der Pflegekassen fand das hessenweite Krisenmanagement der Pandemie für den Pflegebereich statt. Mit immer wieder aufs Neue angepassten Landesverordnungen und Schutzkonzepten sollten die Einrichtungen in ihren Anstrengungen unterstützt werden, Infektionsausbrüche zu vermeiden und die Auswirkungen des Infektionsgeschehens zu bewältigen.

Von Bundesebene wurde ein Rettungsschirm über die Pflegeeinrichtungen gespannt, der helfen sollte, die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen abzupuffern. Den Erlösausfällen, beispielsweise durch Schließungen insbesondere der Tagespflege und niedrigere Belegungen, standen coronabedingt Mehrausgaben gegenüber, die nötig waren, um die Infrastruktur der Einrichtungen und Dienste zu erhalten.

Testen und impfen

Erste Lichtblicke brachten das Testen und Impfen. Mit regelmäßigen Testungen aller Mitarbeiter*innen mehrmals in der Woche und möglichen Testungen der Bewohner*innen konnten frühzeitig infizierte Menschen ohne Symptome erkannt und eine Weiterverbreitung des Virus verhindert werden. Das gab insbesondere den Mitarbeitenden eine Sicherheit, die Krankheit nicht in die Einrichtungen einzutragen. Schließlich war klar, dass Impfungen mit erster Priorität den alten Menschen in den Pflegeheimen und den Mitarbeitenden dort angeboten werden. Die ersten Impfungen konnten bereits an den Weihnachtsfeiertagen starten und wurden ab da schnell auf alle hessischen Pflegeeinrichtungen ausgeweitet. So ist es gelungen, eine Vielzahl alter und hochaltriger Menschen vor dem Tod durch Corona zu schützen. Die Aufgabe für 2021 ist, wieder zu einer Normalität des Lebens in den Pflegeeinrichtungen zurückzufinden und die als extrem belastend empfundene Isolierung der dort lebenden Menschen aufzuheben, ohne sie erneut zu gefährden.

AUTORIN Marion Hersina

In Hessen wurden 10,6 Prozent weniger freie Ausbildungsplätze gemeldet.

Corona trifft Menschen im Niedriglohn-Sektor besonders hart

Für den Arbeitsmarkt war 2020 ein sehr schwieriges Jahr: Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit waren Menschen aus dem Niedriglohnsektor. Insbesondere Minijobber*innen verloren ihre Arbeit. Frauen waren dabei deutlich stärker betroffen als Männer. Im Dezember waren in Hessen laut Arbeitsagentur 187.189 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das waren 40.490 mehr als ein Jahr zuvor, ein Anstieg um 27,6 Prozent. Die Arbeitslosenquote wuchs von 4,3 auf 5,4 Prozent. In Hessen wurden zudem 10,6 Prozent weniger freie Ausbildungsplätze gemeldet.

Mangelnde digitale Ausstattung

Corona führte zu massiven Einschränkungen im Fördergeschehen. Nach einem kurzzeitigen Stopp aller Maßnahmen wegen des Lockdowns im Frühjahr wurden in den folgenden Monaten neue Wege gesucht, wie Kontakte, Betreuung und Unterricht fortgesetzt werden können. Das reichte von Telefon-, E-Mail- und WhatsApp-Kontakten bis zu digitalem Gruppenunterricht. Dabei zeigte eine Befragung des Paritätischen, dass sowohl die Träger als auch die Zielgruppen der Arbeitsmarkt- und Jugendberufsförderung unzureichend für eine digitale Anleitung beziehungsweise für einen digitalen Unterricht ausgestattet sind. Viele Teilnehmer*innen haben weder passende Endgeräte noch Software, oft nicht einmal einen Internetzugang.

Bei niedrigschwelligen Präsenzangeboten ist eine digitale Umstellung zudem oft gar nicht möglich. Hier war es nötig, zusätzliche Räume anzumieten, um die Gruppen in kleinere Einheiten aufteilen zu können. Als problematisch erwiesen sich die dadurch entstehenden Mehrkosten für Schutzausrüstungen, Desinfektionsmittel, Raummieten und Informationstechnologie. Die zeitweise vollständige Schließung der Arbeitsagenturen (außer E-Mail- und Telefonkontakten) und teilweise Schließung der Jobcenter führten zu einem erhöhten Beratungsaufkommen bei den Trägern.

Unbefriedigende Kostenerstattung

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) reagierte relativ restriktiv auf die pandemiebedingten Umstellungen. So mussten die „Alternativen Maßnahmen" ein eigenes Zertifizierungsverfahren durchlaufen. Trotz des neu eingeführten Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes wurde die Kostenerstattung für Schutzmaßnahmen, Schutzkleidung, Masken und Corona-Tests der Teilnehmenden und Mitarbeitenden nicht geklärt. Die Träger erlebten die geringen Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit überwiegend als unbefriedigend. Je nach örtlicher Agentur beziehungsweise Jobcenter zeigten sich zudem regional erhebliche Unterschiede.

Sozialer Arbeitsmarkt

Das Bundesarbeitsministerium hat erste Evaluationsergebnisse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zum Teilhabechancengesetz veröffentlicht. Die positiven Ergebnisse und Erkenntnisse des IAB sowie die Rückmeldungen aus der Praxis sprechen nach Ansicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales dafür, den Paragrafen 16i „Teilhabe am Arbeitsmarkt" dauerhaft im Förderinstrumentarium des SGB II zu verankern.

Mit Blick auf die Wirkung des Paragrafen 16i ist festzustellen, dass die Zielgruppe erreicht wird und dass die Jobcenter die Zugangsvoraussetzungen strikt einhalten. Einen besonders starken Anteil an den Geförderten haben ältere Leistungsberechtigte und schwerbehinderte Menschen. Unterrepräsentiert sind Frauen und Menschen ohne Berufsabschluss.

Besonderes Augenmerk erhält das beschäftigungsbegleitende Coaching als wichtiger Baustein zur gezielten Unterstützung und beruflichen Stabilisierung der Leistungsberechtigten. Insgesamt beurteilen die Träger als Arbeitgeber der Leistungsberechtigten das Coaching aber kritisch, besonders die mangelnde kurzfristige und ortsnahe Verfügbarkeit der Coaches. Die Träger halten es daher für sinnvoll, das Coaching bei sich selbst ansiedeln zu können.

AUTORIN Annette Wippermann

Wie können wir die Menschen vor einer Infektion schützen und ihnen gleichwohl soziale Teilhabe ermöglichen? Das war mit Beginn der Corona-Pandemie eine zentrale Frage in den Einrichtungen der Behindertenhilfe.

BEHINDERTENHILFE

Infektionsschutz und Teilhabe im Spannungsfeld

Corona hat die soziale Arbeit in einer Art und Weise verändert, wie niemand das Ende 2019 für möglich gehalten hat. Themen wie die Wertigkeit von Freiheitsrechten und die Teilhabe von Leistungsberechtigten gerieten plötzlich in ein Spannungsfeld mit dem Schutz vor Infektionen, sowohl für die Menschen mit Behinderung als auch für die Mitarbeiter*innen in der Behindertenhilfe. Wie Teilhabe so weit wie möglich erhalten und dabei der Infektionsschutz gewährleistet werden kann, war die Frage. Wie kann überhaupt Infektionsschutz in der Arbeit, vor allem im direkten Kontakt mit Klient*innen, umgesetzt werden?

Es war zwingend notwendig, die Art und Weise, wie Teilhabeleistungen für Leistungsberechtigte erbracht werden, an die neuen Lebenssituationen anzupassen. Die Träger hatten ihre Organisationsabläufe und Personalplanungen in unterschiedlichen Intensitäten zu verändern, neu zu gestalten und die neuen Anforderungen von Landes- sowie Kreisseite zum Teil sehr schnell umzusetzen. Obwohl es im Vergleich zum Bereich der Pflege in der Eingliederungshilfe nur wenige Corona-Infizierte und kaum Todesfälle gab, waren auch hier Einrichtungen gezwungen, Ersatzkräfte zu finden für Mitarbeiter*innen, die wegen Erkrankung oder Quarantäne ausfielen. Außerdem mussten die Träger sich mit den Gesundheitsämtern verständigen, wie im Infektionsfall die Arbeit weiter geleistet werden konnte.

Gemeinsamer Planungsstab

Seitens des Hessischen Sozialministeriums wurde im April 2020 ein gemeinsamer Planungsstab Corona für die Pflege und Eingliederungshilfe ins Leben gerufen, in dem der Paritätische Hessen für die Leistungserbringerseite zusammen mit Vertreter*innen der Pflege von Anfang an vertreten war. Hier haben alle Beteiligten (neben Vertreter*innen des Sozialministeriums zusätzlich Betreuungs- und Pflegeaufsicht sowie Pflegekassen) gemeinsam versucht, die Belange und Bedarfe der Leistungsberechtigten sowie der Träger so gut wie möglich in Einklang zu bringen und tragfähige Lösungen für die sehr unterschiedlichen Problemlagen zu finden. Dazu tagte der Planungsstab zum Teil wöchentlich.

Die Träger leisteten durch ihre Fragen und Problemanzeigen einen wichtigen Beitrag, Unklarheiten bei Verordnungen zu identifizieren und Probleme aufzuzeigen. Es war ein gutes Stück Arbeit, in der Landespolitik ein Bewusstsein dafür zu wecken, dass manche Lösungen für die Pflege auf Träger im Bereich der Eingliederungshilfe nicht eins zu eins zu übertragen sind. Wobei der Bereich der Eingliederungshilfe im Gegensatz zu anderen Bereichen – wie etwa dem Flüchtlingsbereich – die besondere Situation hatte, dass er seine Belange in ein landesweites Gremium einbringen konnte.

Herausforderungen für besondere Wohnformen

Während der ersten Welle der Pandemie ging es ganz wesentlich darum, wie Schutzmaßnahmen ohne ausreichend vorhandene Schutzausstattung umsetzbar sind. Und es ging um die Frage, wie mit Betretungsverboten für Menschen mit Behinderung in Werkstätten, Tagesstätten und Tagesförderstätten umzugehen ist. Die besonderen Wohnformen indes standen vor der Situation, Leistungen über den ganzen Tag unter besonderen Bedingungen anzubieten, dafür aber zum Teil weder das Personal noch die Räumlichkeiten zu haben. Im Herbst – vor der zweiten Corona-Welle – ging es dann um vom Land finanzierte Corona-Tests, die durch die Träger zu organisieren waren. Und ab Dezember stand eindeutig das Thema Impfen im Fokus. Welche Reihenfolge gilt? Wie werden die Abläufe organisiert? Wie lassen sich Hausärzte für mobile Impfteams finden? Und gibt es überhaupt genügend Impfstoff? Themen wie Sucht und Behinderung sowie die Anforderung an eine Veränderung der Ausbildung für Heilerziehungspfleger*innen, die 2020 eigentlich auf der Tagesordnung gestanden hätten, traten angesichts dessen in den Hintergrund.

AUTORIN Brigitte Roth

EUROPA

Förderperiode des Europäischen Sozialfonds endet

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das wichtigste Instrument der EU für die Förderung von Beschäftigung und sozialer Eingliederung. Dafür stellte die EU in Deutschland insgesamt 7,49 Milliarden Euro in der Förderperiode von 2014 bis 2020 bereit. Diese Mittel sollten helfen, die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte in Europa und auch in Hessen zu verbessern. Vom ESF profitieren sollten insbesondere junge Menschen im Übergang von der Schule ins Arbeitsleben, Arbeitnehmer*innen mit Qualifizierungsbedarf sowie Arbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen. Das Förderinstrument bestach mit klaren politischen Zielen und mehrjähriger Budgetsicherheit. Es erwies sich jedoch in seiner finanziellen Ausstattung insbesondere für kleine Mitgliedsorganisationen des Paritätischen als schwer finanzierbar. Auch der hohe administrative Aufwand machte es in vielen Fällen unattraktiv.

Der ESF unterstützte in Hessen durch 15 Programme die Förderung des lebenslangen Lernens und der sozialen Inklusion sowie die Bekämpfung von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit und die Beseitigung von Armut. Dafür standen in Hessen rund 172 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel flossen in Projekte, die mit innovativen und praxisnahen Maßnahmen hessische Bürger*innen bei der beruflichen Integration und Qualifizierung unterstützen. Zu den Landesprogrammen, die auch von zahlreichen Mitgliedsorganisationen durchgeführt wurden, gehörten Arbeitsmarktbudget, Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen, Berufliche Qualifizierung Strafgefangener, Nachwuchsgewinnung, Impulse der Arbeitsmarktpolitik (IdeA) sowie Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule (QuABB).

Auch während der Corona-Pandemie wurde die Finanzierung der Maßnahmen fortgesetzt. Innerhalb der Programme wurde von den Trägern flexibel auf die veränderten Bedingungen reagiert, wodurch die notwendige Stabilität in der Durchführung der Projekte erhalten werden konnte.

ESF-Förderperiode 2021 bis 2027

Ein Ausblick: Der ESF ist auch in der neuen Förderperiode als ESF+ ausgerichtet auf die Schaffung eines sozialen Europas, in dem die Bürger*innen vor Ort bei der Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen unterstützt werden. Der ESF+ fasst unter einem Dach folgende Programme und Initiativen zusammen:

- den bisherigen ESF
- den bisherigen Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)
- die Jugendbeschäftigungsinitiative (YEI)
- das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI)

Der mit circa 6,5 Milliarden Euro ausgestattete ESF+ soll eingesetzt werden

- für die soziale Inklusion der am stärksten benachteiligten Personen
- zur Bekämpfung von Kinderarmut
- zur Förderung von Jugendlichen
- zum Kapazitätsaufbau bei den Verbänden von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2020 übernahm Deutschland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbands hat bereits im Februar 2020 ein Positionspapier beschlossen, in dem er die Absicht der Kommission begrüßt, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Der Paritätische forderte das Potenzial und die Instrumente, die in den europäischen Verträgen angelegt sind, auszuschöpfen, um die soziale Dimension der EU zu vertiefen. Der Verband kritisierte die immer noch zu geringe Berücksichtigung sozialer Grundsätze und Rechte. Er sprach sich mit Blick auf die Stärkung der sozialen Dimension in der EU wiederholt dafür aus, konkrete Schritte zur Stärkung des sozialen Europas umzusetzen.

Die deutsche Ratspräsidentschaft war eine besondere Zeit, denn sie startete inmitten der Corona-Pandemie. Dies beeinflusste auch die Themenschwerpunkte: Die Pandemie hat in vielen Bereichen bestehende Missstände weiter offengelegt und verdeutlicht, dass es mehr denn je auf ein soziales Europa ankommt, in dem Solidarität gefordert ist.

AUTOR Artur Louis

Die Zahl der Fälle von häuslicher Gewalt ist laut polizeilicher Kriminalstatistik für Hessen 2020 um knapp acht Prozent gestiegen.

FRAUEN/MÄDCHEN

Pandemie erschwert den Schutz vor Gewalt

Corona hat die Arbeit der Mitgliedsorganisationen aus dem Frauen- und Mädchenbereich 2020 vor vielfältige Herausforderungen gestellt: Innerhalb kürzester Zeit mussten Hygienekonzepte, digitale Informations- und Beratungsangebote sowie andere kreative Lösungen entwickelt werden, um weiterhin für die Klient*innen erreichbar zu sein.

Mit dem ersten Lockdown stieg die Sorge vor einer Zunahme an häuslicher und sexualisierter Gewalt. Einige Kommunen stellten zusätzlichen Wohnraum für Frauenhäuser zur Verfügung. Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen erweiterten ihre telefonische und Online-Erreichbarkeit. Laut polizeilicher Kriminalstatistik für Hessen gab es 2020 eine Zunahme an häuslicher Gewalt um knapp acht Prozent. Auch Beratungsstellen berichteten von einem Anstieg der Beratungsanfragen und komplexeren Beratungsfällen. Das tatsächliche Ausmaß an Gewalt wird vermutlich erst nach der Pandemie sichtbar werden, da der Lockdown es Frauen erschwert hat, sich aus bestehenden Gewaltverhältnissen zu lösen.

Hessen fehlt ein Gesamtkonzept

Beratungsstellen und Unterstützungsstrukturen für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, haben schon vor Corona an der Belastungsgrenze gearbeitet. Aktuell fehlen laut Schätzungen in Hessen rund 300 Zimmer mit 800 Betten. Die Istanbul-Konvention definiert „Gewalt gegen Frauen" als Menschenrechtsverletzung und schreibt Gewaltschutz und Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe fest. Im September 2020 hat die Bundesregierung beim Europarat den ersten Staatenbericht zur Umsetzung der Konvention eingereicht. Hierin werden auch die Maßnahmen der Bundesländer beschrieben. Hessen fehlt weiterhin ein Gesamtkonzept, um Frauen und Mädchen umfassend vor allen Formen geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu schützen und die chronische Unterfinanzierung in diesem Bereich zu beenden. Die Einrichtung einer unabhängigen Koordinierungsstelle sowie eine auskömmliche Finanzierung des Gewaltschutzsystems sind für die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Hessen aus Sicht des Paritätischen unerlässlich.

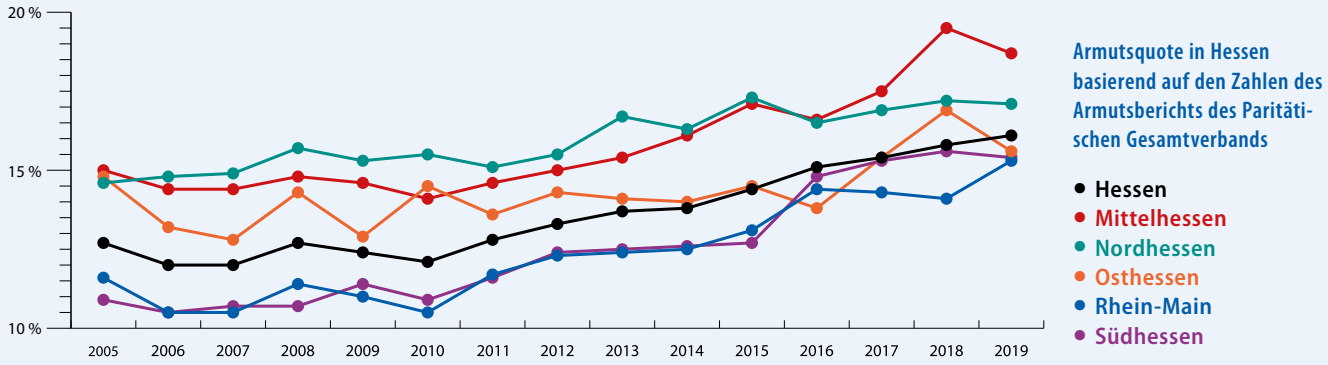
Als systemrelevante Einrichtungen durften Schwangerenberatungsstellen im Lockdown geöffnet bleiben. Gleichzeitig wurde erstmalig ermöglicht, dass ungewollt Schwangere sich auch telefonisch oder per Video beraten lassen können. Der Beratungsschein konnte anschließend per Fax, E-Mail oder Post zugesandt oder persönlich abgeholt werden.

Digitale Angebote für junge Menschen

Sexualpädagogische Gruppenangebote mussten während der Schulschließungen ausfallen. Auch Präventionsangebote, die für das Thema sexualisierte Gewalt sensibilisieren und über Unterstützungsmöglichkeiten informieren, konnten nicht in gewohnter Weise stattfinden. Damit wurde auch der Gewaltschutz erheblich beeinträchtigt, schließlich finden Kinder und Jugendliche in Fachkräften oftmals erste Ansprechpersonen, denen sie sich bei Gewalterfahrungen anvertrauen können. Viele Fachberatungsstellen, die zu Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend beraten, haben die Schulschließungen mit digitalen Angeboten überbrückt. Schwangerenberatungsstellen haben ebenfalls digitale Angebote der sexuellen Bildung entwickelt.

Die überwiegende Mehrheit der Berufe, die in der Pandemie als systemrelevant eingestuft wurden, üben Frauen aus. Zugleich leisten Frauen den Großteil der Sorgearbeit in unserer Gesellschaft und befinden sich häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Viele waren auch im Zug von Homeschooling und Homeoffice monatelang erheblichen Mehrfachbelastungen ausgesetzt. Der Paritätische fordert: Über kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen hinaus müssen strukturelle Defizite angegangen und Unterstützungs- und Beratungsangebote dauerhaft gestärkt werden. Es braucht Strategien, um die Langzeitfolgen der Pandemie nachhaltig abzufedern und Perspektiven für eine geschlechtergerechtere Gesellschaft zu schaffen.

AUTORIN Kristina Nottbohm



Armutsquote in Hessen basierend auf den Zahlen des Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbands

Pandemie verschärft die Armut

Schon vor Corona hatte die Armut in Hessen einen historischen Höchststand erreicht, in der Pandemie droht sich der negative Trend unter anderem durch Jobverluste und Kurzarbeit weiter zu verschärfen. Nach dem Armutsbericht, den der Paritätische Gesamtverband im November 2020 veröffentlichte, lag die Armut 2019 in Hessen bei 16,1 Prozent, deutschlandweit bei 15,9 Prozent. Demnach ist sie in Hessen seit 2006 um mehr als ein Drittel gewachsen, so stark wie in keinem anderen Bundesland. Ein neues Allzeithoch war in Hessen auch bei der Kinderarmut zu beklagen. 2019 war mehr als ein Fünftel aller unter 18-Jährigen betroffen, genau 21,9 Prozent.

Mit Blick auf die regionalen Zahlen zeigt der Armutsbericht für Südhessen und die Rhein-Main-Region einen besonders negativen Trend. Dort hat sich die Armutsquote seit 2006 fast verdoppelt. Südhessen verzeichnet seitdem ein Plus von 46,7 Prozent, Rhein-Main von 45,7 Prozent. Beide Regionen gehören damit zu den fünf Regionen mit dem größten Armutszuwachs deutschlandweit. Anlass zur Sorge gibt auch die Entwicklung in Frankfurt, wo die Armutsquote von 2018 auf 2019 von 15,4 auf 19 Prozent nach oben geschnellt ist.

Geringverdienende besonders stark betroffen

Die Pandemie trifft nicht alle gleichermaßen, sondern besonders heftig Menschen mit geringem Einkommen. Im Oktober 2020 lag die Arbeitslosenquote bei 5,3 Prozent und damit um 1,3 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit explodierte zwischen Februar und Juli geradezu: von 9.700 auf fast 328.000. Prekär Beschäftigte verloren mit der Pandemie als erste ihre Arbeit und können vom Lohn in der Kurzarbeit nicht leben. Um die sich dramatisch verschärfende Armut einzudämmen, sind bundesweite Maßnahmen überfällig. Der Paritätische fordert: Unter anderem müssen die Hartz-IV-Regelsätze so erhöht werden, dass sie den Lebensbedarf decken, Arbeitslosenversicherung und Alterssicherungssysteme müssen gestärkt und eine Kindergrundsicherung muss eingeführt werden.

Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert

Verbesserungen hat der Paritätische Hessen auch beim Bildungs- und Teilhabepaket angemahnt. Denn dabei schneidet Hessen besonders schlecht ab: Diese Unterstützung kommt bundesweit nur bei jedem siebten Kind an, in Hessen sogar nur bei etwa jedem zehnten. Hessen liegt damit auf dem viertletzten Platz im Bundesvergleich, so das Ergebnis einer Expertise, die der Paritätische Gesamtverband im November veröffentlichte. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist aus Sicht des Paritätischen gescheitert. Daran haben auch die mit dem sogenannten Starke-Familien-Gesetz 2019 in Kraft getretenen Reformen nichts geändert. Als Sofortmaßnahme muss die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in den Kommunen verbessert, vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Superreiche stärker besteuern

Um Menschen zu unterstützen, die unter der Corona-Pandemie besonders leiden, muss die soziale Infrastruktur nicht nur aufrechterhalten, sondern gestärkt werden.

Dies erfordert dringend, dass die längst überfällige Steuerreform mit einer höheren Beteiligung von Spitzenverdiener*innen und Superreichen am Gemeinwohl endlich angegangen wird. Um Armut zu bekämpfen, muss der Reichtum in Deutschland in den Blick genommen werden: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen etwa zwei Drittel des gesamten Vermögens in Deutschland. Allein das reichste Prozent kommt auf einen Anteil von 35 Prozent. Das Gesamtvermögen der 119 Milliardäre in Deutschland ist von April 2019 bis Juli 2020 um rund 76 Milliarden Euro auf derzeit etwa 488 Milliarden Euro gewachsen, wie eine Studie der Schweizer Großbank UBS und des Beratungsunternehmens PwC ergab. Die Superreichen haben also von der Krise finanziell kräftig profitiert.

AUTORINNEN Annette Wippermann, Barbara Helfrich

KINDER- UND JUGENDHILFE

Schule und Kita geschlossen: In vielen Familien herrschte der Ausnahmezustand. Nicht selten waren Eltern überfordert, Beruf und Betreuung der Kinder unter einen Hut zu bringen.

Gesetzgebungsverfahren nicht abgeschlossen

Die Reform des Sozialgesetzbuchs VIII kam auch 2020 nur langsam voran. Ziel ist unter anderem eine Zusammenführung der Leistungen für junge Menschen mit und ohne Behinderungen unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII, die sogenannte „Inklusive Lösung". Aber auch ein besserer Kinder- und Jugendschutz und die Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und Einrichtungen gehören dazu.

Es zeichnete sich ab, dass eine konkretere gesetzliche Ausführung bezüglich der inklusiven Ausgestaltung vor 2028 nicht zu erwarten ist. Die im Entwurf des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz - KJSG) vorgesehene Einführung von Ombudsstellen stellt für den Paritätischen jedoch eine wichtige Neuerung dar. Paragraf 9a soll die Länder dazu verpflichten, eine zentrale Ombudsstelle für junge Menschen und ihre Familien einzurichten. Diese dient der allgemeinen Beratung sowie Vermittlung und Klärung bei Konflikten im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe.

Corona trifft Kinder und Jugendliche besonders hart

Die Arbeit in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe war durch die Corona-Pandemie massiv beeinflusst. Die starke Betroffenheit der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien bekam allerdings erst spät im Jahr politische Aufmerksamkeit.

Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Mitarbeiter*innen bemühten sich mit hoher Kreativität und Flexibilität, trotz der stark eingeschränkten Möglichkeiten den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien gute Unterstützung und Begleitung zu bieten.

Die (teilweisen) Schließungen der Schulen erforderten Homeschooling und Distanzunterricht. Auch Kindertagesstätten waren zunächst zum Teil geschlossen, wenngleich das Gros der Einrichtungen eine Notbetreuung für Kinder von Eltern aus systemrelevanten Berufen anbot. Familien, die zu dieser Gruppe nicht gehörten, mussten jedoch in Eigenregie die Betreuung ihrer Kinder gewährleisten. Dies stellte viele Eltern vor große Herausforderungen und führte häufig zu Überlastung. Insbesondere Familien in prekären Lebensverhältnissen hatten enorm unter der Ausnahmesituation zu leiden.

Umso wichtiger ist es, die bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu erhalten beziehungsweise zu stärken. Gerade dies ist aber aufgrund der zum Teil unzureichenden Finanzierung nicht garantiert. Insbesondere im Bereich der ambulanten Angebote kommen Träger zunehmend in Schwierigkeiten, da sie coronabedingt Einnahmeausfälle zu verkraften hatten und haben. Dies ist umso bitterer, als in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe fieberhaft daran gearbeitet wurde, in der Corona-Krise alternative Möglichkeiten und Angebote für die jungen Menschen und ihre Familien zu schaffen.

Dies geschah unter denkbar schlechten Rahmenbedingungen. Fehlende Masken und Desinfektionsmittel sowie begrenzte räumliche Möglichkeiten erschwerten die Arbeitssituation für die Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe enorm. In stationären und teilstationären Einrichtungen kamen weitere Belastungen hinzu, da Distanzunterricht und Homeschooling eine umfassendere Betreuung der Kinder und Jugendlichen erforderten.

Kinder mit Behinderung von Teilhabe ausgeschlossen

Im Kitabereich erwies es sich als unmöglich, bei der Arbeit mit den Kindern Masken zu tragen. Entsprechend mussten die Beschäftigten mit einem erhöhten Infektionsrisiko rechnen. Kinder mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung waren zunächst von vielen Angeboten komplett ausgeschlossen. Dies schränkte deren Teilhabemöglichkeiten massiv ein und führte auch dazu, dass Beschäftigte ihrer Arbeit nicht nachgehen konnten und Eltern vor großen Herausforderungen standen. Auch die Arbeit der Jugendzentren und Jugendbildungsstätten und außerschulische Jugendangebote konnten nicht oder nur in sehr eingeschränktem Umfang erbracht werden.

AUTOR Eric Gumlich

Der Paritätische Hessen bezieht sichtbar Position.

Rassistische Morde in Hanau

Am 19. Februar 2020 schockierten die rassistisch motivierten Morde in Hanau die ganze Republik. Neun Menschen mit Migrationshintergrund fielen der Tat zum Opfer. Zur ersten Sitzung der Fachgruppe Migration im März kamen daher außerordentlich viele Vertreter*innen von Mitgliedsorganisationen zusammen. Das Bedürfnis war groß, sich im Kreis des Paritätischen über den Anschlag und das grundsätzliche Problem von Rassismus und Rechtsextremismus in Hessen auszutauschen. Viele der fachlich fundierten Impulse konnte der Paritätische in ein Forderungspapier einfließen lassen, das ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis im September unter dem Titel „Demokratie stärken, Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen" veröffentlichte. Das an die Landesregierung adressierte Forderungspapier konnte in zahlreiche politische Gespräche eingebracht werden und wird Bestandteil der verbandlichen Lobbyarbeit gegen Rechts bleiben.

Stillstand hessischer Integrationspolitik

Der Prozess um die hessische Integrationskonferenz, in dem die Fachreferentin für Migration den Paritätischen vertritt, kam 2020 coronabedingt nahezu vollständig zum Erliegen – obwohl zahlreiche Auswirkungen der Pandemie Migrant*innen und Geflüchtete in prekären Lebenslagen besonders trafen. Erst im November 2020 fand die zweite Sitzung unter Federführung des Sozial- und Integrationsministeriums statt. Fast alle beschlossenen Fachforen – Diskriminierung und Rassismus, (frühkindliche) Bildung, Ausbildung und Arbeit, Partizipation und Gesundheit – wurden auf das erste Quartal 2021 verschoben. Der Verband konnte für jedes Forum fachkundige Mitglieder benennen, um ihre Expertise unmittelbar einfließen zu lassen.

Pandemie verstärkt soziale Ungleichheit

Mit Ausbruch der Pandemie wurde in der Fachgruppe Migration schnell deutlich, dass viele Folgen sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker treffen würden als andere. Unter beengten Wohn- und Arbeitsbedingungen ist das Risiko höher, sich zu infizieren. Ohnehin schon prekäre Beschäftigungsverhältnisse brachen in großer Zahl weg. Jobverlust und Kurzarbeit verschärften die bereits bestehende soziale Ungleichheit für Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status enorm. Und auch bei der digitalen (Bildungs-) Teilhabe zeigte sich deutlich ihre Benachteiligung. Mangelnde Sprachkompetenzen und eine Gefährdung ihres aufenthaltsrechtlichen Status verstärkten diesen gesamtgesellschaftlichen Pandemieeffekt für viele Migrant*innen und Flüchtlinge in besonderem Maße. Umso härter wirkte sich für diese Menschen aus, dass Ausländer-, Sozial- und andere Behörden ihre Türen wegen der Pandemie meist geschlossen hielten. Es gab kaum niedrigschwellige Alternativen, mit Behörden in Kontakt zu treten. Auch deswegen waren die freien Träger der Integrationsarbeit enorm gefordert. Sie bemühten sich, den Präsenzausfall behördlicher Aufgabenwahrnehmung zu kompensieren und den signifikant gestiegenen Bedarf an Beratung und Unterstützung aufzufangen. Beratungskontakte und Bildungsangebote wurden schnell und flexibel an die Kontaktbeschränkungen angepasst. Es war vor allem den erheblichen zusätzlichen Anstrengungen freier Träger zu verdanken, dass individuelle Integrationsprozesse von Migrant*innen und Flüchtlingen nicht vollständig abbrachen.

Verbandliche Unterstützungsangebote

Auch 2020 gewährleistete der Verband spezifische Beratung und digitale Schulungsangebote für Mitglieder im Integrationsbereich. So wurde die Beauftragung einer externen Juristin durch den Paritätischen verlängert, um den Mitgliedern weiter eine fachkompetente Rechtsberatung für Einzelfallanfragen im Migrations(sozial)recht zu ermöglichen. Zudem wurden Schulungsveranstaltungen zum Aufenthalts-, Asylbewerberleistungs- und Freizügigkeitsgesetz auf coronabedingte Beratungsanforderungen der Praxisträger ausgerichtet.

AUTORIN Lea Rosenberg

Durch die Folgen der Pandemie sind noch mehr Menschen von Wohnungslosigkeit bedroht.

Kostenlose Essensausgabe für Wohnungslose

Kurz vor dem ersten Corona-Lockdown fand die einstweilen letzte Präsenzsitzung der Fachgruppe Soziale Notlagen statt. Dazu trafen sich die Teilnehmenden in der Notschlafstätte des Frankfurter Vereins. Damit führte die Fachgruppe ihre Tradition fort, einmal im Jahr bei einem Mitglied zu tagen und dessen Einrichtung kennenzulernen. Alle folgenden Sitzungen wurden 2020 als Videokonferenzen durchgeführt.
Im Rahmen des ersten Lockdowns wurden nahezu alle Angebote der Fachgruppen-Mitglieder eingeschränkt, aber dennoch im Sinne der Klient*innen aufrechterhalten. Beratungen wurden beispielsweise ins Freie oder in den virtuellen Raum verlegt. Das Ambulant Betreute Wohnen wurde via Telefon, Messenger oder Treffen an der frischen Luft begleitet. Darüber hinaus schufen einige Mitgliedsorganisationen zusätzliche Angebote wie etwa kostenlose Essensausgaben für Wohnungslose.

Der Betreuungsbedarf von Menschen in besonderen Lebensverhältnissen und mit sozialen Schwierigkeiten stieg teilweise deutlich. Dies stellte die Mitarbeiter*innen vor Ort, die Hilfen nach den Paragrafen 67 ff. des Sozialgesetzbuchs XII erbringen, vor zusätzliche Herausforderungen. Nur sehr eingeschränkt konnten die Träger der freien Straffälligenhilfe in den Justizvollzugsanstalten arbeiten. Im Zuge der Pandemie unterlagen die Mitarbeiter*innen sehr restriktiven Zugangsregelungen.

Mit dem Lockdown gingen auch Sorgen um die Finanzierung der vielfältigen Angebote einher. Es zeigte sich aber im Laufe der folgenden Monate, dass die Kostenträger überwiegend daran interessiert waren, die Angebote aufrechtzuerhalten. So war die Finanzierung auch dann gesichert, wenn Leistungen coronabedingt nicht oder in veränderter Form erbracht wurden. Auch zusätzliche Aufwendungen, wie zum Beispiel für Schutzausrüstung, wurden häufig finanziert.

Umsetzung des Rahmenvertrags nach Paragraf 80 SGB XII

Zu Beginn des Jahres gab es wegen gesetzlicher und rahmenvertraglicher Neuregelungen in Hessen tiefgreifende Veränderungen bei den Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 ff. SGB XII. Damit einhergehend wurde die Zuständigkeit für das Ambulant Betreute Wohnen von der örtlichen Ebene zum Landeswohlfahrtsverband Hessen zurückverlagert. Nach anfänglichen Anpassungsschwierigkeiten ziehen die betroffenen Mitgliedsorganisationen inzwischen ein überwiegend positives Fazit: Es konnten gute Arbeitsbeziehungen mit dem Landeswohlfahrtsverband Hessen etabliert werden.

Im stationären Bereich hat die Einführung des Nettoprinzips enorme Auswirkungen auf die Träger. Nicht nur der Verwaltungsaufwand ist gewachsen. Weil Klient*innen nicht in jedem Fall ihre Kostenbeiträge an die Einrichtung leisten, fallen zudem auch Einnahmen weg oder sind nur mit zusätzlichem Aufwand wie dem Aufbau eines Forderungsmanagements zu erreichen. Der Rahmenvertrag wurde zwar in den Vorjahren aktualisiert, die Finanzierungsmodalitäten wurden jedoch ausgeklammert, so dass bis Ende 2021 eine Übergangsregelung gilt. Voraussichtlich bis Mitte 2021 laufen Verhandlungen im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Vertragskommission nach SGB XII. Ziel ist es, die am Bedarf der Klient*innen ausgerichteten Angebote in ihrer Vielfalt durch eine gute Finanzierungsstruktur zu erhalten.

Stichtagserhebung zur Wohnungslosigkeit

Die Stichtagserhebung zur Wohnungslosigkeit in den Einrichtungen und Diensten der Wohnungsnotfallhilfe in Hessen fand 2020 zum letzten Mal statt. Ab 2022 soll die bundesweite Wohnungslosenstatistik des Statistischen Bundesamts valide Daten liefern. Insgesamt wurden im Rahmen der Erhebung 3.462 Personen erfasst. Die Stichtagserhebung verdeutlicht unter anderem die besonders prekäre Situation wohnungsloser Frauen. Es fehlt oftmals an spezialisierten Angeboten. 27 Prozent der erfassten Personen sind Frauen – es ist aber davon auszugehen, dass weit mehr Frauen von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Weiter auf hohem Niveau ist der Anteil junger Menschen bis 27 Jahre in den Angeboten der Wohnungslosenhilfe.

AUTOR Lars Lauer

Dass während der Corona-Pandemie viele Einrichtungen geschlossen waren oder Betretungsverbote erlassen wurden, stellte die Mitglieder der Fachgruppe Soziale Psychiatrie vor besondere Herausforderungen bei der Leistungserbringung für ihre Klient*innen.

Betretungsverbote in vielen Einrichtungen

Während der Corona-Pandemie wurden in vielen Einrichtungen wie Tagesstätten oder Werkstätten für Menschen mit Behinderung Betretungsverbote erlassen. Viele Angebote wurden massiv eingeschränkt. Wie auch im Bereich der Behindertenhilfe (Seite 8) waren die daraus resultierenden Anforderungen an die Träger ein zentrales Thema. Es galt, mit Kreativität die Art der Leistungserbringung umzustrukturieren und die Finanzierung zu sichern.

Ein bedeutender Baustein war die Finanzierungssicherheit durch den Landeswohlfahrtsverband Hessen und das Gros der Kommunen. Dies war umso wichtiger, als die Träger zusätzliche Personal- wie auch Sachkosten zum Beispiel durch den Kauf der Schutzausstattung zu stemmen hatten. Vom Land Hessen gab es über das Jahr verteilt immer wieder Lieferungen an kostenfreier Persönlicher Schutzausrüstung. Diese Lieferungen entlasteten die Träger bei ihrer eigenen Beschaffung von Schutzausrüstung, gerade am Beginn der Pandemie.

Rahmenvertragsverhandlungen wurden ausgesetzt

Die Pandemie veränderte auch die Rahmenvertragsverhandlungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Rahmen des Sozialgesetzbuchs IX. Diese wurden von März bis Juni 2020 ausgesetzt, da das Thema Corona alles überlagerte. Ab dem Sommer wurden die Verhandlungen unabhängig von der zweiten und dritten Corona-Welle jedoch wieder weitergeführt. Sie dauerten über das Jahr 2020 an.

Der innerparitätische Austausch zu den Rahmenvertragsverhandlungen wie zum Beispiel in Fachgruppensitzungen wurde auf digitalem Weg fortgesetzt. Die fachgruppenübergreifend besetzte Paritätische Arbeitsgruppe BTHG zur Begleitung der Rahmenvertragsverhandlungen tagte 2020 mindestens monatlich und begleitete und unterstützte die Rahmenverhandlungen intensiv.

Fachliche Themen in den Hintergrund gedrängt

Verändert waren der Rhythmus und die Durchführung der Fachgruppensitzungen. Von März an fanden keine Präsenzsitzungen mehr statt. Während im Februar in der Fachgruppe Soziale Psychiatrie das Thema Krisendienste ein Schwerpunkt war, traten durch die Pandemie fachliche Themen wie die Diskussion über die Situation von Kindern psychisch kranker Eltern in der Fachgruppe Soziale Psychiatrie leider zurück.

Die Frage der Personenzentrierung und damit der Leistungserbringung in der Corona-Pandemie war Thema einer gemeinsamen Sitzung der Fachgruppen Soziale Psychiatrie, Behinderten- und Suchthilfe, die im Sommer stattgefunden hat. Dabei wurden auch erste Berichte und Ergebnisse der Rahmenvertragsverhandlungen ausgetauscht und besprochen. Dies wurde in der Herbstsitzung fortgeführt.

Das Fazit eines mehr als ungewöhnlichen Jahres: Es gibt wohl doch immer noch eine Steigerung, was an Anforderungen und Veränderungen in der sozialen Arbeit möglich ist.

AUTORIN Brigitte Roth

SUCHTHILFE

Mit der Pandemie stieg die Rückfallgefahr bei suchtkranken Menschen, die bereits drogenfrei lebten.

Viele Menschen geraten durch Corona in persönliche Krisen

Die Corona-Pandemie ist mit Stress und massiven Einschränkungen bei sozialen Kontakten verbunden. Erste Studien und viele Expert*innen-Meinungen zeigen: Für Menschen mit Suchterkrankungen sind das besonders hohe Belastungen. Sie führen nicht selten dazu, dass die Betroffenen verstärkt legale oder illegale Drogen konsumieren. Viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen beobachten: Es kommt häufig zu Rückfällen bei Menschen, die bereits frei von Drogen gelebt haben. Viele suchtkranke Klient*innen geraten in Krisen. Daraus resultiert eine erhöhte Anzahl von Anfragen und Gesprächen bei Suchtberatungsstellen und den weiteren Angeboten der Sucht- und Drogenhilfe.

Umso wichtiger war und ist es, in Pandemiezeiten möglichst alle Angebote für Suchterkrankte und deren Angehörige aufrechtzuerhalten. Dies gelang sämtlichen Suchtberatungsstellen unter dem Dach des Paritätischen, auch wenn sie in geänderter Form für Klient*innen da waren. Vielerorts wurde auf Telefon- oder Video-Beratung umgestellt – bei Bedarf wurden Präsenztermine unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln ermöglicht. Beim Betreuten Wohnen nach den Maßgaben des Sozialgesetzbuchs IX wurde der Kontakt via Telefon, Messenger oder an der frischen Luft fortgeführt. Lediglich Gruppenangebote mussten vielerorts ausfallen. Die Ambulante Reha Sucht (ARS) wurde trotz Lockdown fortgeführt – per Video und Telefon. Die niedrigschwelligen Angebote der Drogenhilfe wurden ebenfalls aufrechterhalten.

Sucht-Selbsthilfegruppen stellten Treffen ein

Im Bereich der Sucht-Selbsthilfe wurden mit Beginn des Lockdowns zunächst alle Gruppentreffen eingestellt. Erst nach einigen Wochen gelang es einigen Gruppen, Kontakte der Gruppenmitglieder untereinander wieder telefonisch herzustellen. Treffen per Video scheitern oft an den mangelnden technischen Voraussetzungen. Erst im Jahresverlauf wurden vereinzelt wieder Treffen unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln möglich. Problematisch war bei der Wiederaufnahme von Treffen, dass die meisten Gruppen über keine eigenen Räumlichkeiten verfügen und die genutzten Räumlichkeiten seit Beginn der Pandemie vielerorts geschlossen waren.

Mit dem Lockdown gingen auch Sorgen um die Finanzierung der vielfältigen Angebote der Fachgruppenmitglieder einher. Da die unterschiedlichen Kostenträger sich aber überwiegend an der dauerhaften Aufrechterhaltung der Angebote interessiert zeigten, war die Finanzierung auch gesichert, wenn Leistungen coronabedingt nicht oder in veränderter Form erbracht wurden. Auch zusätzliche Aufwendungen, wie zum Beispiel für Schutzausrüstung, wurden oft finanziert. Investitionen in digitale Infrastruktur und Ausstattung mussten dagegen meist aus eigenen Mitteln gezahlt werden. Weiter mussten einige Träger Kurzarbeit anmelden und bangen noch immer um ihre Existenz – etwa Träger, die ausschließlich Präventionsveranstaltungen zum Beispiel an Schulen anbieten.

BTHG-Umsetzungsprozess

Neben Corona war auch im Jahr 2020 der Umsetzungsprozess des Bundesteilhabegesetzes immer wieder Thema – meist in gemeinsamen Sitzungen mit den Fachgruppen Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie. Die Verhandlungen zum neuen Rahmenvertrag verzögerten sich coronabedingt.

Änderungen im Vorstand der HLS

Ende 2020 hat die Diakonie den Vorsitz der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen (HLS) übernommen. Damit wird Horst Wassum nach zweijähriger Amtszeit als Vorstandsvorsitzender turnusgemäß abgelöst. Aus Altersgründen zieht sich Horst Wassum aus der ehrenamtlichen Tätigkeit beim Landesverband Hessen der Guttempler und damit auch beim Paritätischen Hessen zurück. Ihm gebührt ein großer Dank des Paritätischen für seine langjährige engagierte ehrenamtliche Tätigkeit. Künftig wird der Paritätische Hessen im HLS-Vorstand von Geschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi, Elke Lenz (Guttempler in Hessen) und Lars Lauer vertreten. Lars Lauer übernimmt den stellvertretenden Vorsitz in der HLS.

AUTOR Lars Lauer

Die Corona-Pandemie hat jede Menge Fragen zum Arbeitsschutz und Arbeitsrecht aufgeworfen.

Corona wirft viele Fragen beim Arbeitsrecht auf

Die Rechtsberatung des Paritätischen Hessen erforderte – wie auch die Arbeit in anderen Fachbereichen – 2020 einen Spagat. Zu den regulären Anforderungen wie etwa der Beratung in Sachen Satzung, Verein und Gemeinnützigkeit kamen diesmal besondere Herausforderungen, die Corona mit sich brachte. Schwerpunkte bildeten dabei vor allem betrieblicher Arbeitsschutz und Arbeitsrecht.

In den Fokus rückte besonders der Schutz von Beschäftigten, die aufgrund ihres Alters oder bestehender Grunderkrankungen ein höheres Risiko haben, dass Covid-19 zu einem schweren Krankheitsverlauf führt. Einrichtungsleitungen standen vor der Herausforderung, neben der vorher schon notwendigen Gefährdungsbeurteilung der Arbeitsplätze zusätzlich die spezifischen Bestimmungen und Empfehlungen zum Schutz vor einer Corona-Infektion zu berücksichtigen. Hier leistete das Referat mit Unterstützung der Rechtsabteilung des Paritätischen Gesamtverbands wichtige Hilfe, damit sich die Träger orientieren konnten, was an Verordnungen und Bestimmungen von Bund und Land sowie Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts und Hinweisen der Berufsgenossenschaft für sie ausschlaggebend ist.

Großer Beratungsbedarf in Detailfragen

Für enormen Beratungsbedarf sorgten die Auswirkungen der Corona-Gesetzgebung auf arbeitsrechtliche Details. Zum Beispiel in Fällen, bei denen zu klären war: Müssen oder können Beschäftigte mit besonderem Gesundheitsrisiko seitens des Trägers freigestellt werden? Können Mitarbeiter*innen, die freigestellt werden sollen, gegebenenfalls einen Beschäftigungsanspruch geltend machen? Wie ist im Einzelfall die Lohnfortzahlung zu regeln? Zu beraten war auch zur Frage, ob und wann Beschäftigte ein Recht auf Leistungsverweigerung haben, wenn ihre Arbeit unter den Krisenbedingungen als unzumutbar angesehen werden kann. Dabei spielt dann beispielsweise eine Rolle, ob es dem Betriebsrisiko des Trägers zuzurechnen ist, wenn Beschäftigte nicht mehr eingesetzt werden können. Oder ob ein subjektives Leistungshindernis bei dem/der Beschäftigten vorliegt. Darüber hinaus tauchten auch Fragen auf, wie damit umzugehen ist, wenn Beschäftigte nicht am Arbeitsplatz erscheinen, weil sie mit Menschen zusammenleben, die ein erhöhtes Risiko für einen schweren Covid-19-Verlauf haben. Oder welche Auswirkungen es hat, wenn Beschäftigte sich beispielsweise im Urlaub in einem Corona-Risikogebiet aufgehalten haben und daher vorübergehend nicht an den Arbeitsplatz zurückkehren dürfen.

In all diesen Fragen bemühte sich das Referat darum, die Träger entsprechend zu beraten, damit arbeitsrechtliche Verfahren im Interesse von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen möglichst vermieden werden können. Eine wichtige Unterstützung bot dabei der Paritätische Gesamtverband, der sich zu Rechtsunsicherheiten im Zuge der Pandemie auf Bundesebene in Stellungnahmen und Gesprächen mit der Politik äußerte und die Interessen der freien Wohlfahrtspflege vertrat. Dies erfolgte analog auch auf Landesebene in Hessen. Zu arbeitsrechtlichen Fragestellungen finden Interessierte Näheres im Bereich Recht in der Fachinformationsdatenbank auf www.paritaet-hessen.org.

Orientierungshilfe geben

Darüber hinaus galt es das ganze Jahr über, Orientierungshilfen für die Träger von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenhilfe und sozialer Dienste zu geben, die jeweils an die sich schnell wandelnden Pandemieregeln angepasst werden mussten.

Auch im Vereins- und Datenschutzrecht musste auf die Pandemiebedingungen eingegangen werden: Nicht nur viele Mitgliedsorganisationen, auch der Paritätische Landesverband Hessen sahen sich gezwungen, Gremiensitzungen und Mitgliederversammlungen virtuell durchzuführen.

Fachreferentin Chrysovalantou Vangeltziki verließ im Dezember die Geschäftsstelle des Paritätischen Hessen. Sie wechselte zum Januar 2021 als Bundesgeschäftsführerin zum Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.

AUTORIN Chrysovalantou Vangeltziki

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Medienpräsenz in der Corona-Pandemie

Regelmäßige Corona-Reihentests in Pflegeeinrichtungen sind erforderlich. Das Kinderrecht auf gewaltfreie Erziehung wird in der Corona-Pandemie zu wenig beachtet. Kommunikation muss in der Krise mehrsprachig sein. Dies sind drei Kernaussagen aus Pressemitteilungen, die der Paritätische Hessen im Jahr 2020 im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie veröffentlicht hat. Ziel war dabei stets, die Öffentlichkeit und die politisch Verantwortlichen auf die Bedarfe von Menschen aufmerksam zu machen, die von der Pandemie besonders stark betroffen sind. Aber auch die Interessen sozialer Träger und ihrer Beschäftigten galt es in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. „Wir brauchen Unterstützung wie Industrie und Wirtschaft", forderte Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi in einem Interview, das sie der Frankfurter Rundschau im März gab, als sie den Vorsitz der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen übernahm. Unter anderem forderte sie auch, die Mitarbeitenden in Altenpflegeeinrichtungen mit Masken zu versorgen, die in der frühen Phase der Corona-Pandemie knapp waren.

In der Sonderausgabe zum 75-jährigen Bestehen der Frankfurter Rundschau im November zeichnete Dr. Yasmin Alinaghi ihre Zukunftsvision von einem bunten und inklusiven Hessen im Jahre 2035. Diese ist durchaus realistisch, wenn die Politik die Corona-Pandemie als gesellschaftlichen Kipp-Punkt erkennt und auf Bundes- und Landesebene grundlegend umdenkt. Dann könnten etwa Mieten künftig erschwinglich sein, und Berufe im sozialen Bereich würden wertgeschätzt und wären attraktiv.

Als Expert*innen von den Medien gefragt

Zum Thema Corona waren die Fachreferent*innen des Paritätischen Hessen gefragte Ansprechpersonen für Medienvertreter*innen. Sie kamen in Hörfunk, Fernsehen und Print als Expert*innen im Kontext der Pandemie zu Wort. So nahm etwa Grundsatzreferentin Annette Wippermann als Studiogast in der Hessenschau Stellung zum Corona-Hilfsprogramm des Landes für Vereine. Kristina Nottbohm, Referentin Frauen/Mädchen, wurde von der Frankfurter Rundschau zu den coronabedingten Finanznöten der Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt interviewt. Lea Rosenberg, Referentin Migration, Flucht und Asyl, war in HR-Info zur Novelle des Landesaufnahmegesetzes und zum fehlenden Infektionsschutz in Sammelunterkünften für Geflüchtete zu hören. Dieser führte zu wiederholten Corona-Ausbrüchen, auf die der Paritätische mit der öffentlichen Forderung nach dezentraler Unterbringung der Geflüchteten reagierte.

Handreichung zur Krisen-Kommunikation

Auch der Umgang der Mitgliedsorganisationen des Paritätischen mit der Corona-Krise war Thema in der Berichterstattung. Vielfach wurde dargestellt, wie die Träger sich mit innovativen Lösungen den Herausforderungen der Pandemie stellten, um trotz der Kontaktbeschränkungen Klient*innen weiter unterstützen zu können. Teilweise ging es in den Medienbeiträgen aber auch um Corona-Ausbrüche in Einrichtungen. Um Mitgliedsorganisationen auf Presseanfragen in diesem Kontext vorzubereiten, gab das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine Handreichung zur Krisenkommunikation heraus.

Gegen Gewalt, Armut und Rassismus

Corona war in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aber längst nicht das einzige Thema: Die Pressemitteilung zur Veröffentlichung des Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbands wurde im November in landesweiten Medien aufgegriffen. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen und Kindern, explodierende Mieten und die Kritik an Abschiebungen waren nur einige der weiteren Themen, zu denen der Paritätische Hessen im Jahr 2020 Pressemitteilungen herausgegeben hat. Zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März appellierte der Landesverband daran, das Gedenken an die Opfer des Anschlags in Hanau wachzuhalten und Rassismus und Rechtsextremismus konsequent entgegenzutreten.

AUTORIN Barbara Helfrich

SERVICE UND SCHWERPUNKTE

Mitarbeiter*innen des Paritätischen Hessen laden vor der Landesgeschäftsstelle Masken ab, die für Mitgliedsorganisationen gespendet wurden.

CORONA

Soziale Arbeit auf Abstand

Der erste Lockdown aufgrund der Corona-Pandemie markierte einen harten Einschnitt: Es galt Kontakte zu reduzieren und trotzdem so viele Angebote wie möglich aufrechtzuerhalten. Die Mitarbeitenden des Paritätischen Hessen wechselten im März 2020 ins Home-Office. Dies gelang reibungslos, weil schon viel technische Vorarbeit geleistet worden war. Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi hatte die Digitalisierung bereits bei ihrem Amtsantritt 2017 als Schwerpunkt gesetzt. In der Landesgeschäftsstelle in Frankfurt waren eine leistungsstarke Glasfaserleitung verlegt und eine internetbasierte Telefonanlage installiert worden. Diese Ausstattung wurde nun weiter verbessert, auch in den Regionalgeschäftsstellen. Unter anderem wurden Konferenzräume mit Mikrofonen und Kameras ausgestattet.

Coronabedingt konnten sich auch die Fach- und Kreisgruppen nicht mehr in Präsenz treffen, sondern nur noch auf Online-Plattformen. Auch die Mitgliederversammlung des Paritätischen Hessen fand im November virtuell statt.

Nähe trotz Distanz

Soziale Arbeit auf Abstand, Nähe trotz Distanz: Auch die Mitgliedsorganisationen passten sich rasch an. Viele ersetzten persönliche Kontakte durch Beratungen über Video und Telefon. Die Fördermittel für die Ausstattung mit moderner Technik, die der Paritätische Hessen zur Verfügung stellte, wurden 2020 vollständig abgerufen. Schulungen zur Strukturierung und Moderation von Online-Veranstaltungen, die der Landesverband anbot, waren schnell ausgebucht.

Erhebliche finanzielle Probleme

Den Mitgliedsorganisationen in der Krise bestmöglich zur Seite zu stehen ist der Anspruch des Paritätischen Hessen. Und dies ist ihm nach dem Ergebnis seiner Blitzlicht-Umfrage im September 2020 auch gelungen: 90 Prozent der Mitgliedsorganisationen bewerteten die Unterstützung durch den Verband als sehr gut oder gut. Besonderes Lob gab es für die Informationsmails der Fachreferent*innen und die Fachinformationsdatenbank, deren Nutzungszahlen mit Beginn des ersten Lockdowns in die Höhe schnellten. Die Befragung offenbart aber auch, dass rund die Hälfte der Mitgliedsorganisationen schon durch den ersten Lockdown erhebliche finanzielle Probleme hatte. Etwa zwei Drittel der befragten Organisationen berichteten von vorübergehenden oder dauerhaften Umsatzeinbrüchen, weil Angebote nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich waren.

Ein großes Problem war vor allem zu Beginn der Pandemie die Versorgung sozialer Einrichtungen mit Masken. Hilfreich war daher, dass der Chemiekonzern BASF dem Paritätischen Hessen im August 1,4 Millionen OP-Masken spendete, die der Verband an seine Mitgliedsorganisationen verteilte – vorrangig an Frauenhäuser, Sucht- und Wohnungslosenhilfe, die AIDS-Hilfen und andere Träger, die zu Beginn der Corona-Pandemie weder durch das Land noch durch Krisenstäbe mit Masken versorgt worden waren.

Die Krise trifft nicht alle gleich

Ein zentrales Thema in Politikgesprächen sowie in der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit war die besondere Betroffenheit benachteiligter und vulnerabler Bevölkerungsgruppen durch die Corona-Krise. Der Paritätische appellierte an die Verantwortlichen, diese Menschen besonders in den Blick zu nehmen: Für Obdachlose ist die Aufforderung, möglichst das Haus nicht mehr zu verlassen, ein Hohn. In belasteten Familien steigt in der Isolation häusliche Gewalt und Kindeswohlgefährdung. Prekär Beschäftigten droht in der Wirtschaftskrise ein Arbeitsplatzverlust, der in Mietschulden und Zwangsräumung münden könne. Geflüchtete in Sammelunterkünften haben ein besonders hohes Infektionsrisiko, Eltern einen erhöhten Unterstützungsbedarf, wenn sie Kinder mit Behinderung zuhause betreuen.

Bereits im Mai forderte der Paritätische regelmäßige Reihentestungen in Pflegeeinrichtungen, erst mehr als ein halbes Jahr später wurden diese verpflichtend eingeführt.

AUTORIN Barbara Helfrich

März 2020: Die Kitas sind geschlossen!

Viele neue Fragen tauchten mit der ersten Corona-Welle auf: Wie macht man Fachberatung, ohne in die Einrichtungen fahren zu können, weil diese geschlossen sind? Wie bleiben die Fachberaterinnen in Kontakt mit den Leitungen und Teams? Wie kann die Paritätische Fachberatung die Kitas bei den individuellen Herausforderungen angemessen unterstützen?

Neue Umstände erfordern neue Wege. Und diese wurden gefunden. Gleichzeitig konnten bestehende Beratungsformate gut an die neue Situation angepasst werden. Zunächst fand die Beratung vor allem per Telefon und E-Mail statt. Nach und nach kamen auch Videochats dazu. Die Fachberaterinnen arbeiteten sich immer mehr in digitale Formate ein. Schnell wurden die ersten Leitungstreffen per Videokonferenz durchgeführt. So konnte der wichtige Austausch darüber stattfinden, wie man eine Kita während einer Pandemie leitet.

Viele Fragen zur konzeptionellen Arbeit

Während der Kita-Schließung gab es viele Anfragen zur Konzeptionsarbeit, denn die Teams nutzten die zur Verfügung stehende Zeit, um an ihrer schriftlichen Konzeption zu arbeiten. Für die ausgefallenen Veranstaltungsformate wie zum Beispiel die Foren zum Bildungs- und Erziehungsplan (BEP-Foren) wurden kurze Vorträge als Videos oder Power-Point-Präsentationen aufgenommen und mit konkreten Fragestellungen an die Kita-Teams gesendet. Diese konnten die Fragen dann im Team besprechen und ihre Antworten per E-Mail an die Fachberaterin zurückmelden. Es entstanden Impulspapiere und BEP-Lupen zu Themen wie Resilienz, Innovationsfähigkeit und Bildungsqualität und Zusammenarbeit mit Eltern in Pandemiezeiten. Diese Papiere enthielten eine kurze theoretische Abhandlung und Reflexionsfragen zur Weiterbearbeitung im Team.

Neue Beratungsthemen

Inhaltlich musste sich das Fachberatungs-Team auf einige neue Themen in der Beratung einstellen. So waren viele Kitas mit der schrittweisen Öffnung hin zum „Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen“ gezwungen, ihre bisherige pädagogische Arbeit zum Teil stark zu verändern, weil eine geschlossene Gruppenstruktur eingefordert wurde. Somit standen Kitas mit offenen Konzepten vor der Herausforderung, ihre pädagogischen Ziele weiterhin umzusetzen, ohne sie so ausgestalten zu können, wie es nötig wäre. Hinzu kam, dass gerade in Kitas mit vielen Integrationsplätzen die Frage im Vordergrund stand: Wie schützen wir unsere Kinder mit Behinderung, die besonders gefährdet sind? Da auch der Kontakt zu den Eltern und Bezugspersonen des Kindes minimiert werden musste, suchten die Kitas nach neuen Wegen, wie sie weiterhin in einem guten Austausch bleiben konnten. Und nicht zuletzt war nun auch ein besonders guter Zusammenhalt im Team gefragt. Denn gemeinsam mussten Unsicherheiten ausgehalten, starke Veränderungen und immer wieder neue Informationslagen gemeistert werden – und das bei gleichzeitig reduzierter gemeinsamer Besprechungszeit. Bei großen Teams fanden die Besprechungen oft gar nicht mehr oder nur noch seltener und dann virtuell statt.

Was hat das Netzwerk Paritätische Fachberatung gelernt?

Das Beratungsteam hat gelernt, die Methodenvielfalt in die digitale Welt zu übersetzen, und dabei erfahren, dass durchaus einiges mehr möglich ist als vorher gedacht. Bestimmt werden einige digitale Tools auch in Zukunft einen festen Platz in der Fachberatung erhalten. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, wie wichtig Präsenzveranstaltungen sind, um Reflexionsprozesse im Team gewinnbringend für alle gestalten zu können. Die Umstellung auf digital gelang auch deshalb so gut, weil die Fachberaterinnen auf bestehenden Beziehungen aufbauen konnten, die Beratungsformate sich schon immer flexibel an den Themen und Bedarfen der Mitgliedsorganisationen orientiert haben und die Beschäftigten über die entsprechenden technischen Ressourcen und organisatorischen Freiheiten verfügten, um sich schnell an die Pandemiesituation anpassen zu können.

AUTORIN Daniela Wilhelm

FINANZ- UND BETRIEBSMANAGEMENT

Individuelle Begleitung

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen beeinflussten auch die Arbeit der Abteilung Finanz- und Betriebsmanagement. Sie unterstützte die Mitgliedsorganisationen aus allen Bereichen der sozialen Arbeit verstärkt per Telefon und E-Mail sowie Videokonferenzen. Dabei änderte sich der Fokus der Beratung von der stark betriebswirtschaftlichen, auf den Einzelfall bezogenen Unterstützung hin zur Beratung über Schutzschirme (zum Beispiel nach Paragraf 150 SGB XI, Sozialdienstleister-Einsatzgesetz; Weiterfinanzierung der Eingliederungshilfe, Programme des Integrationsamts), Überbrückungshilfen und Förderangebote des Bundes, des Landes, aber auch der Gebietskörperschaften. Dazu beteiligte sich die Abteilung auch an diversen Sitzungen von Fachgruppen, Kreisgruppen und Arbeitskreisen.

Blitzlicht-Umfrage

Eine weitere Aufgabenstellung bestand darin, eine Blitzlicht-Umfrage unter den Mitgliedsorganisationen zur Situation in der Pandemie zu konzipieren, durchzuführen und auszuwerten. Die Ergebnisse gaben dem Vorstand und der Geschäftsführung wichtige Hinweise für die politische Lobbyarbeit.

In enger Abstimmung mit den Referent*innen der Abteilung Soziale Arbeit beschäftigte sich die Abteilung Finanz- und Betriebsmanagement auch mit den coronabedingten Veränderungen der Verordnungspraxis, die sehr kurzfristig von den Mitgliedern umgesetzt werden mussten. So führten die Betretungsverbote in verschiedenen Einrichtungen zu veränderten Leistungserbringungsvarianten. Auch in der Beratung und Schulung mussten sich die Mitglieder der neuen Situation stellen und neue Wege entwickeln.

Mitgestalten in Gremien auf Landes- und Bundesebene

Die Vertretung der Mitgliedsorganisationen als Leistungserbringer in Gremien auf Landes- und Bundesebene nahm angesichts der Pandemie noch einmal an Bedeutung zu. Exemplarisch kann die neu einberufene AG Finanzen der Liga Hessen angeführt werden, die maßgeblich vom Paritätischen eingefordert wurde, um die Deckungslücken der sozialen Arbeit strukturiert in die politischen Gespräche des Liga-Vorstands einbringen zu können. Die Verfahren vor den Hessischen Schiedsstellen nach SGB XI, SGB XII und SGB IX standen hingegen nicht so stark im Fokus. Zu erwähnen ist aber, dass sogar Schiedsstellenverfahren online geführt werden können.

Selbstverständlich war auch die Vernetzung mit der Bundesebene wichtig, um neue Entwicklungen, aber auch Forderungen aus Hessen in den entsprechenden politischen Gremien zu platzieren. Die Abteilung wirkte zudem auch in den ständigen Arbeitskreisen Pflegesatz, Statistik und Frauenhäuser des Paritätischen Gesamtverbands mit.

Vertragsverhandlungen

Bei allen Besonderheiten des Jahres ging die regelhafte Arbeit weiter. So konnten in der AG stationäre Pflege (SGB XI) ebenso wie in der Eingliederungshilfekommission nach SGB IX, der Vertragskommission nach SGB XII und der Jugendhilfekommission nach SGB VIII pauschale Fortschreibungsangebote für die Dienste und Einrichtungen verhandelt werden. Diese ermöglichten insbesondere vor dem Hintergrund der Pandemielage eine vereinfachte Entgeltsteigerung.

Zudem konnte nach zähen Verhandlungen erreicht werden, dass es eine Übergangsvereinbarung für die gekündigten Empfehlungen der AG Investitionsaufwendungen im Jahr 2021 geben wird (Grundlage für die Verhandlungen der Investitionskosten von nicht geförderten Einrichtungen der Pflege). Und auch die Investitionskosten ambulanter Pflegeeinrichtungen können mit einem abgestimmten Kalkulationsblatt geltend gemacht werden.

Ein großer Teil der Arbeitszeit floss aber auch in diesem Jahr in die Vorbereitungen der Rahmenverträge im Bereich des SGB IX/XII, denn neben fachlichen Regelungen sind auch die Finanzierungsgrundlagen und deren landesweite Umsetzung zu erarbeiten.

AUTOR Oliver Rodenhäuser

Fundraising und digitale Förderberatung

Der Paritätische Hessen bietet seinen Mitgliedsorganisationen einen besonderen Zugang zu Förder- und Drittmitteln (Bund, Länder, Soziallotterien, Stiftungen). Er unterstützte seine Mitgliedsorganisationen auch 2020 durch Beratungen auf allen gewünschten Kommunikationskanälen und individuelle Hilfestellung zu ihren Antragsvorhaben sowie mit fachlichen Stellungnahmen zu ausgewählten Projekten.

Fundraising in der Krise wurde im ersten Jahr der Pandemie besonders groß geschrieben. 60 Mitgliedsorganisationen profitierten von einem Webinar, das in Zusammenarbeit mit einer Fundraising-Agentur neue Fundraising-Strategien in Krisenzeiten aufzeigte. Zudem wurden individuelle Fundraising-Fragen in einem exklusiven Online-Intensiv-Workshop für Fach- und Führungskräfte geklärt.

Bei einem gemeinsamen Webinar mit Referentinnen der Aktion-Mensch-Geschäftsstelle erfuhren 50 Mitgliedsorganisationen neue Fördermöglichkeiten für Vorhaben in der Kinder- und Jugendhilfe.

„Paritätisches Corona-Hilfsprogramm 2020"

Um Mitgliedsorganisationen in der Krise auch in finanzieller Form verstärkt zu unterstützen, hat der Paritätische Hessen das „Paritätische Corona-Hilfsprogramm 2020" aufgelegt. Es umfasst rückzahlbare Darlehen und Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen.

Aktion Mensch

Bezuschusst werden Investitionen und Projekte von Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe sowie Maßnahmen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. 2020 wurden 206 Anträge von Mitgliedsorganisationen mit einem Volumen von 2.407.153 Euro bewilligt.

Stiftung Deutsches Hilfswerk/Deutsche Fernsehlotterie

Die Stiftung förderte 2020 die Online-Beratung in der Altenhilfe mit Zuschüssen in Höhe von 83.000 Euro.

GlücksSpirale

Die Lotterie GlücksSpirale stellte dem Paritätischen Landesverband für 2020 133.980 Euro zur Verfügung. Damit ermöglichte er Mitgliedsorganisationen vielfältige digitale beziehungsweise hybride Projekte und Investitionen in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, der Alten- und Behindertenhilfe und Hilfe bei sozialen Notlagen.

Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen

Wegen Corona gab es 2020 keine Ausschüttung. Für 2021 sind zwei Ausschüttungen geplant.

Bewilligungen durch den Finanzausschuss

2020 bewilligten die Mitglieder des Finanzausschusses Anträge auf Förderung durch die Lotterie „Spiel 77" mit einem Volumen von 19.678 Euro. Aus der Rücklage „Neue Technik in der Verbandsarbeit" wurden 48.055 Euro für die Anschaffung von Hard- und Software sowie zur Homepage-Gestaltung bewilligt. Zuschüsse zur Gestaltung einer barrierefreien Website erhielt eine Mitgliedsorganisation.

Rahmenverträge

Den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen ermöglichen über 100 Rahmenverträge mit Wirtschaftsunternehmen die preisgünstige Anschaffung von Kraftfahrzeugen, Bürobedarf, Dienstleistungen und vielem mehr. 2020 kamen neue Partner hinzu, die vergünstigte Konditionen anbieten, wie zum Beispiel Althea, ein Anbieter von integriertem Gesundheitstechnologiemanagement.

Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen"

Im Rahmen des Projekts: „Chancenpatenschaften: Soziales Engagement für Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt" unterstützte der Paritätische acht hessische Träger bei der Antragstellung. 708 Patenschaften wurden mit 141.600 Euro unterstützt. Ziel war es, bürgerschaftliches Engagement zu stärken sowie die Chancen von sozial Benachteiligten und/oder Geflüchteten zu verbessern.

AUTOR*INNEN Nina Hollatz, Claudia Landor und Artur Louis

Viele Menschen mit Behinderung, die das HKFB kontaktierten, vermissten Informationen zur Pandemie in Gebärdensprache oder Leichter Sprache.

HESSISCHES KOORDINATIONSBÜRO FÜR FRAUEN MIT BEHINDERUNG

Beratung und Information

Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB) rückte 2020 erneut ein breites Spektrum von Themen in den Fokus – bei Lobbygesprächen, in der Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie bei Veranstaltungen. Ein wichtiges Thema war die Finanzierung der Kosten für das Gebärdendolmetschen und das Lormen zur Kommunikation mit taubblinden Menschen, wenn diese akuten Beratungsbedarf aufgrund erlebter Gewalt haben. Zu den weiteren Themen gehörten die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Hessen (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) sowie die Weiterführung der Stiftung Anerkennung und Hilfe über 2020 hinaus. Im Februar 2020 führte das HKFB ein Gespräch mit der frauenpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen sowie mit Vertreter*innen der CDU. Im März folgte ein Gespräch mit Rika Esser, der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen.

In dem vom Bundesverband der Frauennotrufe und -Beratungsstellen veröffentlichten Handbuch „Zugang zum Strafverfahren für Frauen mit Behinderungen bei geschlechtsspezifischer Gewalt – Ein Handbuch für die Praxis“ erschien zudem ein Artikel von der Leiterin des HKFB, Rita Schroll.

HKFB mit Sitz im Inklusionsbeirat

Im Oktober 2020 fand die konstituierende Sitzung des Inklusionsbeirats statt, der von der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderung berufen wird. Aufgrund der Novellierung des Hessischen Behindertengleichstellungsgesetzes musste der Beirat verkleinert werden. Das HKFB ist jedoch weiterhin im Inklusionsbeirat vertreten. Zudem wurde das HKFB in den Beirat des Projekts „Frauenhäuser und die Implementierung der Istanbul-Konvention – Herausforderungen in Hessen“ berufen und ist Mitglied in der Unterarbeitsgruppe des Landespräventionsrats zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Hessen.

Gemeinsam mit der Frauenbeauftragten der Stadt Kassel hat das HKFB die Federführung in der interdisziplinär besetzten AG „Mädchen und Frauen mit Behinderung“. Die AG konzipierte auf Wunsch des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration den Tag der Menschen mit Behinderung zum Thema „Frauen mit Behinderung“. Die Umsetzung wurde jedoch wegen der Corona-Pandemie auf das folgende Jahr verschoben.

Auch eigene Veranstaltungen des HKFB mussten wegen Corona abgesagt werden. Die geplanten Seminare zu den Themen: „Sei mutig, nicht artig. Warum unkritische Anpassung nicht glücklich macht“ sowie „Zeitmanagement“ wurden ins Jahr 2021 verschoben. Der als Präsenzveranstaltung geplante eintägige Workshop zum Thema „Ich kenne meine Stärken“ für das Projekt „Einfach Lernen in Frankfurt“ der Lebenshilfe Frankfurt (ELiF) konnte als hybride Veranstaltung angeboten werden und war schnell ausgebucht. Als Online-Veranstaltung führte das HKFB zudem den Auftakt-Workshop für das Antidiskriminierungsnetzwerk Mittelhessen (AdiNet) zum Thema „Barrierefreiheit – was ist das?“ durch.

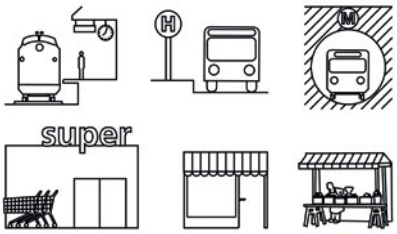
Reges Interesse fanden die vom HKFB herausgegebenen Tipps zum Alltagsleben mit Corona. Diese „Tipps zur Gestaltung der besonderen Zeit“ stehen auf der Internetseite des HKFB (www.hkfb.de) als Download zur Verfügung.

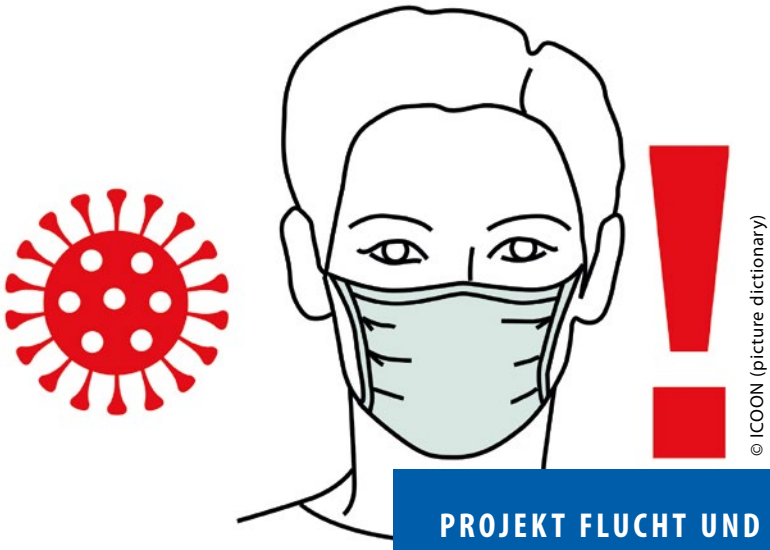
Mangel an Informationen zur Pandemie

Seitdem Deutschland weitreichende Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus einleiten musste, wurde das HKFB von Frauen mit verschiedensten Behinderungen und unterschiedlichsten Problemlagen, Ängsten und Bedarfen kontaktiert. Zum Beispiel, weil Informationen zur Pandemie nicht ebenso schnell in Gebärdensprache und Leichter Sprache zur Verfügung standen wie in Alltagssprache. Die Organisation der Assistenz, Probleme durch das Tragen von Masken sowie Verunsicherung und Ängste, dass nicht alle an Corona erkrankten Menschen ausreichend versorgt werden könnten (Stichwort: „Triage“), waren ebenfalls Thema. Zudem wandten sich zahlreiche Frauen und Mädchen mit Behinderungen sowie Angehörige, Institutionen und interessierte Bürger*innen mit unterschiedlichsten Anliegen an das HKFB.

AUTORIN Rita Schroll

In Kooperation mit dem Paritätischen Gesamtverband und anderen Organisationen wurden Informationen über das Corona-Virus in einer First Communication Help veröffentlicht.





© ICOON (picture dictionary)

Kaum Corona-Informationen in verschiedenen Sprachen

Bereits kurz nach dem ersten Corona-Lockdown wurde deutlich, dass Geflüchtete und Migrant*innen mit Sprachbarrieren bei den hessischen Informations- und Aufklärungsmaßnahmen zu Corona nicht berücksichtigt wurden. Mehrsprachige und vor allem niedrigschwellige Hinweise zu den jeweils gültigen Verordnungen, Kontaktbeschränkungen, der Maskenpflicht oder anderen gesundheitspräventiven Verhaltensregeln ließen (zu) lange auf sich warten. Daher hat der Paritätische mit der Refugee Law Clinic in Gießen im Frühjahr eine umfangreiche Linkliste zu mehrsprachigen Online-Informationsmaterialien zusammengestellt. Im Mai wurde mit anderen Organisationen eine Info zur Maskenpflicht in 22 Sprachen erarbeitet. Der Paritätische hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass Kommunikation und Aufklärungsarbeit auf Landesebene vor allem in der Krise wesentlich inklusiver sein müssen, um alle Menschen zu erreichen. Dennoch ist dies auch nach einem Jahr der Pandemie immer noch keine Selbstverständlichkeit.

Kein Zugang zu digitaler (Bildungs-)Teilhabe

Lange Zeit geschlossene Behörden und Schulen, Homeschooling und virtuelle Bildungs- und Beratungsangebote während der Pandemie – noch nie waren die Gewährleistung und der gleichzeitige Ausschluss von digitaler Teilhabe so bedeutungsvoll und sichtbar wie in der Pandemie. Dieser eklatante Missstand beschäftigte Mitarbeitende in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit das ganze Jahr und war ein zentrales Thema im Austausch mit den Mitgliedsorganisationen und politischen Verantwortungsträger*innen.

Trotz des im Frühjahr 2020 beschlossenen Bund-Länder-Programms zur Sofortausstattung im Bereich Schule mangelte es das ganz Jahr allerorten an Leihgeräten für Schüler*innen aus einkommensschwachen Familien. In den meisten Flüchtlingsunterkünften gibt es zudem kein oder kein ausreichendes WLAN. Eine gleichberechtigte digitale Teilhabe war und ist damit für Bewohner*innen nicht ausreichend gewährleistet – sei es zur Beschulung von Kindern und Jugendlichen oder für online-gestützte Bildungs- und Sprachkurse Erwachsener.

Landesaufnahmegesetz – wieder keine Mindeststandards für Unterkünfte

„Die Normierung von Mindeststandards betreffend die Unterkunft wurde nicht für notwendig erachtet." Diese lapidare Feststellung fand sich in der Begründung zur Änderung des hessischen Landesaufnahmegesetzes (LAG) für Gemeinschaftsunterkünfte – erstmalig in der Geschichte dieses Gesetzes und mitten in der Corona-Pandemie. Seit mehr als 20 Jahren fordert die Liga der Freien Wohlfahrtspflege landesweit verbindliche Mindeststandards für kommunale Unterkünfte, inklusive ausreichender Personalschlüssel. Bislang jedoch ohne Erfolg. An der Unbeweglichkeit des Landes und dem unablässigen Verweis auf kommunale Zuständigkeiten vermochten selbst die Pandemie und ständige Kollektiv-Quarantänen in Unterkünften nichts zu ändern. Trotz der deutlichen Kritik des Paritätischen und der Liga Hessen bei der Anhörung passierte das LAG im November fast unverändert den Landtag. Immerhin führte die massive fachliche und öffentliche Kritik dazu, dass Sozial- und Integrationsminister Kai Klose eine „Arbeitsgemeinschaft zur Unterbringung Geflüchteter" einberief – wenn auch erst nach Verabschiedung des Gesetzes. Erstmals führen das Integrationsministerium und die kommunalen Spitzenverbände nun einen kontinuierlichen Dialogprozess mit der Liga Hessen und anderen Nichtregierungsorganisationen, um über Verbesserungen in Gemeinschaftsunterkünften zu beraten – ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung.

AUTORIN Lea Rosenberg

Gefördert durch die GlücksSpirale

Ein Wandbild erinnert an der Frankfurter Friedensbrücke an die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau.

BERATUNG GEGEN RECHTS

Forderungen nach dem Anschlag in Hanau

Sich zivilgesellschaftlich vernetzen und politische Forderungen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus aufstellen: Das wollten Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen, insbesondere aus den Fachgruppen Migration und Frauen/Mädchen, nach dem Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020. Nur wenige Monate nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wurde Hessen erneut von einem rechtsextremistischen Verbrechen erschüttert: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov wurden aus rassistischen Motiven erschossen. 2020 gingen zudem die mit „NSU 2.0" unterzeichneten Morddrohungen weiter, die auf rechtsextreme Netzwerke in hessischen Landesbehörden hinweisen. Auch bei den Rechtsextremismus-Verdachtsfällen in der Polizei liegt Hessen im Vergleich der Bundesländer weit vorn.

Vor diesem Hintergrund erarbeitete der Paritätische Hessen in Kooperation mit zwölf weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter mehrere Mitgliedsorganisationen, ein Zehn-Punkte-Papier mit Forderungen an die hessische Landesregierung. Gefordert wird darin:

- Rechtsextreme Gruppen und Netzwerke müssen aufgelöst werden.
- Verfassungsschutz und Polizei müssen reformiert werden.
- Ein unabhängiges Expert*innen-Gremium soll die Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung begleiten, steuern und evaluieren.
- Das Land soll die Repräsentanz aller gesellschaftlichen Gruppen in allen gesellschaftlichen und politischen Lebensbereichen und in leitenden Funktionen in der öffentlichen Verwaltung fördern.
- Das Demokratiebewusstsein im öffentlichen Dienst soll gestärkt werden.
- Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung müssen gesetzlich verankert werden.
- Es muss eine unabhängige Beschwerdestelle für polizeiliches Fehlverhalten eingerichtet werden.
- Opfer von rechtsextremer und rassistischer Gewalt müssen unterstützt, gefährdete Einrichtungen geschützt werden.
- Schulen sollen zur umfassenden Bildung und Werteorientierung für ein anti-rassistisches und solidarisches Zusammenleben in der Gesellschaft beitragen.
- Demokratie-Projekte müssen ausreichend und dauerhaft gefördert werden.

Das Forderungspapier wurde im September bei einer Online-Pressekonferenz vorgestellt und an die demokratischen Fraktionen im Landtag geschickt. Bis Ende 2020 gab es Gespräche über das Forderungspapier mit den Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, an denen unter anderem Vertreterinnen des Paritätischen Hessen und seiner Mitgliedsorganisation Verband binationaler Familien und Partnerschaften teilnahmen.

Umgang mit Rechtsextremismus

Im Rahmen des Projekts „Schutz wohlfahrtspflegerischer Einrichtungen vor politischer Anfeindung und Drangsalierung" wurden 2020 zwei Online-Fortbildungen für Mitgliedsorganisationen angeboten. Im Mai ging es um die Frage, wie Sozialarbeitende Haltung zeigen können, wenn sie mit abwertenden und diskriminierenden Aussagen konfrontiert werden. Der Workshop wurde geleitet von Referent*innen der Organisation Gegen-Argument.

In Kooperation mit dem Mobilen Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur e. V. gab es im Oktober mit Blick auf die Kommunalwahl im März 2021 ein Seminar zum Umgang mit rechtsextremen Parteien. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Träger der freien Wohlfahrtspflege von der AfD einerseits im Zuge von Anträgen und parlamentarischen Anfragen angefeindet werden, etwa für ihre Arbeit mit Geflüchteten oder ihren Einsatz für eine offene Gesellschaft. Andererseits sind auch Versuche der Vereinnahmung zu beobachten.

AUTORIN Barbara Helfrich

Gefördert durch die GlücksSpirale

PROJEKT VEBB

Ein Tandem bei Erstellung eines Praktikumsberichts.

Vereinbarkeit von Behinderung und Beruf für Frauen mit Migrationshintergrund

Wenn auch unter erschwerten Bedingungen: Das Projekt VeBB Vereinbarkeit von Behinderung und Beruf für Frauen mit Migrationshintergrund konnte 2020 seine 2019 begonnene Arbeit erfolgreich fortsetzen. Ziel des Projekts ist es, die Teilhabe von Frauen mit Behinderung am Arbeitsmarkt in Stadt und Kreis Offenbach zu verbessern. Die Laufzeit des Projekts geht bis Mai 2022. Gefördert wird es vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen.

VeBB will die Zielgruppe der jungen Frauen mit Diskriminierungserfahrungen beim Übergang in eine Zukunft auf dem ersten Arbeitsmarkt unterstützen. Zum einen sollen den Frauen Alternativen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung aufgezeigt werden. Zum anderen soll ihnen der Einstieg in die Berufs- und Arbeitswelt erleichtert werden. Methodisch soll dies geschehen, indem die Frauen auf vielfältige Weise gestärkt werden und ihnen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Dazu gehören:

- Erfahrungsaustausch
- Role-Model-Beratung durch erfahrene Frauen mit Handicaps, die im Berufsleben stehen
- Eins zu Eins-Begleitung durch ehrenamtliche Pat*innen

Das Projekt will zudem ein breites Netzwerk aus Arbeitgeber*innen, Unternehmen, Schulen, Pat*innen und Peers (Positivbeispielen erfahrener im Arbeitsleben stehender Frauen) sowie Akteuren der Eingliederungshilfe knüpfen.

Netzwerk ausgebaut

Im zweiten und dritten Projekthalbjahr (Januar bis Dezember 2020) wurden Gespräche mit Netzwerkpartner*innen vertieft und weitere Netzwerkpartner*innen gewonnen. Interessant waren dabei Schulen, Akteure der Behindertenhilfe, der Migrant*innen-Selbsthilfe und der Stadt Offenbach, wie beispielsweise der Behindertenbeirat, der Migrationsbeauftragte und die vielfältige Vereinslandschaft Offenbachs. Aber auch Frankfurter Träger von inklusiven Projekten oder Programmangeboten, sowohl innerverbandlich als auch darüber hinaus, wurden über das Projekt informiert und als potenzielle Multiplikatoren angefragt.

Das Projekt VeBB wurde Teil des Frankfurter Netzwerk Mentoring, unter Leitung von beramí e. V. Das erhöht die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs in Mentor*innen-Zusammenhängen. Unter Pandemiebedingungen erwies es sich zudem als hilfreich, um schnell neue Online-Kommunikationsmöglichkeiten zu erschließen. Um Kontakt zu Klientinnen zu bekommen, wurden Gespräche mit Schulen und anderen Institutionen sowie Vereinen Offenbachs geführt. Zwei Tandems konnten erfolgreich verknüpft werden. Dazu fanden Erstgespräche und Matching-Gespräche statt sowie jeweils ein Gespräch nach drei Monaten. Oftmals wurden Gespräche und Netzwerktätigkeiten an die frische Luft verlegt oder ein Onlinetool zur Veranstaltung von Videokonferenzen genutzt, um den neuen pandemiebedingten Hygienestandards gerecht zu werden.

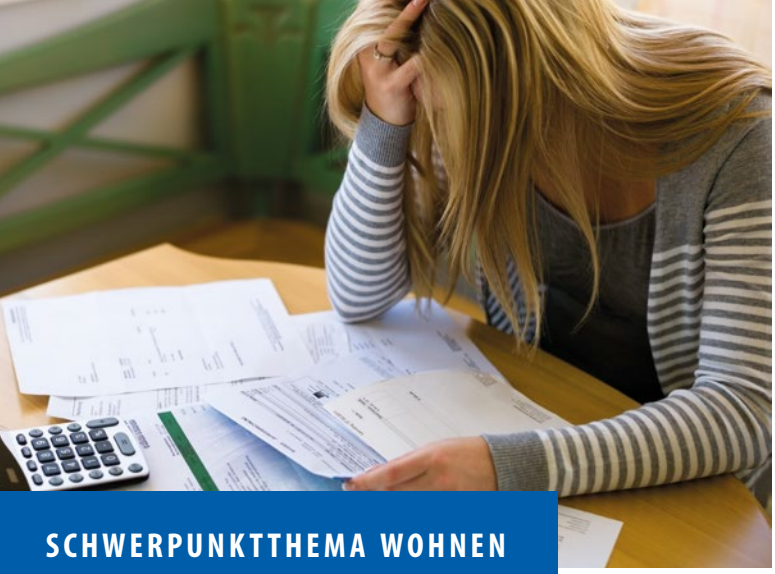
Wichtige Öffentlichkeitsarbeit

Ein weiterer Schwerpunkt war die Öffentlichkeitsarbeit. Flyer wurden nachgedruckt, eine Anzeige zur Akquise von Pat*innen im Offenbacher Stadtmagazin „Mut und Liebe" platziert. Zusätzlich wurden Plakate zur Akquise von Klient*innen und Pat*innen in Schulen, Universitäten und anderen Institutionen entwickelt und verteilt. Auch wird weiterhin über den Newsletter des Freiwilligenzentrums Offenbach e. V. auf das Projekt VeBB aufmerksam gemacht.

Tagungen des Projektbeirats

Zur Projektsteuerung und fachlichen sowie regionalen Unterfütterung gibt es einen Projektbeirat. Dem Beirat gehören Vertreter*innen des Paritätischen Hessen und seiner Mitgliedsorganisationen ebenso an wie Akteur*innen der Stadtverwaltung, der Arbeitsagentur und der Freiwilligenarbeit in Offenbach. Der Projektbeirat tagte dreimal – einmal in Präsenz mit einem Input von Robel Abay zum Stand der Forschung zu dem Thema Migration und Behinderung, zweimal als Videokonferenz.

AUTORINNEN Nina Hollatz, Sophia Johannes



Horrende Mieten in Ballungsgebieten lassen immer weniger Spielraum für die Finanzierung sonstiger Lebenshaltungskosten. Wenn dann coronabedingt auch noch Einkommen ausfällt, geraten viele Menschen finanziell ins Minus.

SCHWERPUNKTTHEMA WOHNEN

Corona verschärft Probleme auf dem Wohnungsmarkt

„Wohnen ist Menschenrecht" war auch im Jahr 2020 das Schwerpunktthema des Paritätischen Hessen. Schon vor Beginn der Pandemie war die Situation in den Ballungsräumen durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und im ländlichen Raum durch die fehlende Infrastruktur äußerst problematisch. Besonders betroffen sind benachteiligte Gruppen, die auf dem hessischen Wohnungsmarkt kaum Chancen auf eine bezahlbare Wohnung haben.

Die Corona-Krise hat weitreichende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen und verschärft die Probleme auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich: Stetig steigenden Mietpreisen steht bei vielen Haushalten in Hessen ein geringeres Einkommen entgegen. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Umsatzausfälle bei (Solo-)Selbstständigen führen bei vielen Menschen zu finanziellen Engpässen. Vor allem Haushalte, die schon vor der Krise horrende Wohnkosten nur mit Mühe schultern konnten, kommen krisenbedingt in immer größere Schwierigkeiten. Zahlen zu coronabedingten Kündigungen und Zwangsräumungen liegen für 2020 noch nicht vor, es ist aber zu befürchten, dass viele Menschen aufgrund von Einkommensausfällen entweder ihre Wohnung verloren haben oder diese noch verlieren könnten – sollte nicht entsprechend gegengesteuert werden.

Solidarfonds gefordert

Der Paritätische Hessen hat sich auch 2020 wieder aktiv in die Diskussionen zur hessischen Wohnungspolitik eingebracht – sei es alleine, mit dem hessenweiten Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen oder gemeinsam mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen. Der Paritätische Hessen forderte, die ausgelaufenen Kündigungsschutzregelungen für krisenbedingte Mietausfälle bis zum Ende der Corona-Pandemie wieder in Kraft zu setzen. Um Härten bei der Rückzahlung ausstehender Mieten abzufangen, sollte ein hessischer Solidarfonds geschaffen werden. Renditeorientierte Wohnungskonzerne, die weiterhin enorme Gewinne erzielen, sollten zur Finanzierung herangezogen werden. Weiterhin forderte der Paritätische Hessen die Landesregierung auf, den Anstieg der Mieten wirksam zu begrenzen und den Mieter*innen in Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt eine Atempause zu verschaffen. Zudem sollten alle Zwangsräumungen für Mieter*innen mit Mietschulden während der Corona-Pandemie ausgesetzt werden. Hier sieht der Verband das hessische Ministerium der Justiz gefordert.

Die Corona-Pandemie erfordert aus Sicht des Paritätischen auch eine andere Gestaltung und Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte. Auch die kommunalen Notunterkünfte für wohnungslose Menschen müssten mit entsprechenden Hygienestandards ausgestattet werden.

Zahl der Sozialwohnungen gesunken

Der Paritätische Hessen setzte sich weiterhin für einen massiven Ausbau von bezahlbarem und sozialem Wohnraum ein. Hier besteht enormer Handlungsbedarf, weil auch 2020 die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen gesunken ist – auf nur noch 79.720. Im Jahr 2000 waren es noch über 170.000 Sozialwohnungen. Besonders benachteiligte Zielgruppen benötigen dringend eine Trendwende beim sozialen Wohnungsbau.

Wegen der Pandemie mussten 2020 fast alle geplanten Veranstaltungen zum Thema „Wohnen für alle" abgesagt werden. Ausnahme war eine gemeinsame Online-Veranstaltung zum Thema „Genossenschaften erfolgreich gründen" mit dem Frankfurter Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen e. V.

Der Vorstand des Paritätischen Hessen hat beschlossen, dass „Wohnen ist Menschenrecht" auch im Jahr 2021 als Schwerpunktthema fortgesetzt wird. Geplant ist eine Reihe von Fachveranstaltungen unter Mitwirkung Paritätischer Mitgliedsorganisationen und deren Klient*innen. Dabei sollen verschiedene Zielgruppen in den Blick genommen werden.

AUTOR Lars Lauer

Gefördert durch die GlücksSpirale

Tolle Stimmung herrschte beim Besuch von Aktion-Mensch-Botschafter Rudi Cerne am Cafémobil in Schierstein.

Ein filmreifes Projekt: Das Cafémobil „Unser Lieblingsplatz“

Sich bei einem Kaffee, einem Cappuccino oder einem Tee mit anderen Menschen nett unterhalten – das war 2020 nicht selbstverständlich. Mit Abstand, an der frischen Luft und mit einem guten Hygienekonzept konnte das Cafémobil „Unser Lieblingsplatz“ dies seinen Gästen aber ermöglichen. Am 5. Mai startete im Wiesbadener Naherholungsgebiet Schiersteiner Hafen die Sommersaison. Statt in Porzellantassen wurden die Getränke aus Gründen der Pandemiebekämpfung in Einmal-Bechern ausgeschenkt. Das Service-Team trug Mund-Nasen-Masken. Und anders als sonst wurde auf zusätzliche Sitzgelegenheiten verzichtet. Der guten Stimmung tat all dies keinen Abbruch. Bei den Schiersteiner Bürger*innen und Ausflügler*innen kam das Angebot – wie auch in den Vorjahren – gut an. Sie genossen die besondere Café-Atmosphäre auf dem schönen Platz unter Bäumen und in Wassernähe.

Aufgrund der Corona-Situation erlaubte die Stadt Wiesbaden zudem, dass Schausteller dort zwei Buden öffnen durften. Während der Öffnungszeiten des Cafémobils verzichteten diese auf den Ausschank von Kaffee, so dass ein angenehmes Miteinander und keine unnötige Konkurrenz entstanden.

Ein Höhepunkt war im August der Besuch von ZDF-Moderator und Aktion-Mensch-Botschafter Rudi Cerne. Er kam mit einem Filmteam, das einen Film für die Fernseh-Sendung „Aktion Mensch Gewinner“ drehte. Das Team des Cafémobils zeigte Rudi Cerne auch, wie man richtig guten Espresso oder Cappuccino macht. Denn das hat das Team bei einem Barista-Training gelernt, das von einem professionellen Barista ehrenamtlich angeboten wurde. Der Kurzfilm wurde Ende August ausgestrahlt und ist auf der Internetseite www.aktion-mensch.de in der Rubrik Förderprojekte zu sehen.

Finanzielle Unterstützung nötig

Der Film war eine tolle Öffentlichkeitsarbeit für das inklusive Gemeinschaftsprojekt der Paritätischen Regionalgeschäftsstelle und der Stadt Wiesbaden (Amt für soziale Arbeit). Unabhängig von der Fernseh-Präsenz, die für viel Aufmerksamkeit sorgte, wurden im Projekt Plakate, Faltblätter und eine Dokumentation erstellt. Denn es gilt nicht nur, das inklusive Café-Angebot bekanntzumachen, sondern auch dessen weitere Finanzierung zu sichern. Neben den Fördermitteln der Stadt Wiesbaden sind weitere Gelder nötig, da die finanzielle Unterstützung durch die Aktion Mensch 2020 endete.

Betrieb im Winterquartier

Von November 2019 bis März 2020 war das rollende Café in der umgebauten Ape im Sozialkaufhaus „fast wie neu.“ der BauHaus Werkstätten Wiesbaden stationiert und viermal pro Woche geöffnet. Durch den Lockdown musste der Ausschank dort jedoch beendet werden. Das Cafémobil stand im April dann auf dem Parkplatz des Facettenwerks.

Die Kooperationspartner (Integrationsfachdienst GID gGmbH, das Facettenwerk, WRW und IFB) wurden von der Projektleitung und der Projektkoordinatorin regelmäßig durch E-Mails, Anschreiben und einen Newsletter über den Verlauf informiert. Die Treffen der Projektgruppe mussten wegen Corona jedoch ausgesetzt werden.

Das Cafémobil soll nicht nur ein barrierefreies Angebot für seine Gäste sein, sondern wird auch von einem inklusiven Team bewirtschaftet. Insgesamt arbeiteten 2020 bis zu fünf Honorarkräfte und zwei bis drei Menschen mit Beeinträchtigungen sowie ein Praktikant am Cafémobil.

AUTORINNEN Antje Meinzer, Heike Lange

Gefördert durch die Aktion Mensch

AUS DEN REGIONEN

Der Paritätische in der Region

Der Paritätische Hessen vertritt innerhalb der Paritätischen Gesamtorganisation die gemeinsamen Grundüberzeugungen seiner Mitgliedsorganisationen nach innen und außen. Er unterhält dazu eine zentrale Landesgeschäftsstelle sowie dezentrale Regionalgeschäftsstellen.

Aufgabe dieser Regionalgeschäftsstellen ist es, die regionale Präsenz des Verbands zu gewährleisten und den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Landesverbands Hessen e. V. regionale Ansprechpartner*innen zur Verfügung zu stellen.

Als Schnittstelle zwischen den zentralen Aufgaben und den Mitgliedsorganisationen erfüllen die Regionalgeschäftsstellen besondere Funktionen in enger Zusammenarbeit mit den Kreisgruppen, deren Sprecher*innen sowie dem regionalen Sprecher*innen-Rat. Insbesondere sind sie Wissensmanager und Coach für die Kreisgruppen und Mitgliedsorganisationen.

Region Osthessen

LK Hersfeld-Rotenburg, Vogelsbergkreis, LK Fulda, Stadt Fulda
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Petersberger Straße 21, 36037 Fulda
Telefon: 06 61 / 9 01 98 44
Fax: 06 61 / 9 01 98 45
E-Mail: fulda@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Karola Günther

Region Rhein-Main-Ost

Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Offenbach
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Frankfurter Straße 48, 63065 Offenbach
Telefon: 0 69 / 82 41 62
Fax: 0 69 / 82 36 94 79
E-Mail: offenbach@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Hanne Schirmer

Region Südhessen

LK Groß-Gerau, LK Bergstraße, Odenwaldkreis, LK Darmstadt-Dieburg, Stadt Darmstadt
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Poststraße 9, 64293 Darmstadt
Telefon: 0 61 51 / 89 92 62
Fax: 0 61 51 / 89 50 06
E-Mail: darmstadt@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Margit Balß

Region Rhein-Main

Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Stadt Frankfurt a. M.
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Auf der Körnerwiese 5, 60322 Frankfurt/Main
Telefon: 0 69 / 95 52 62-51
Fax: 0 69 / 95 52 62-63
E-Mail: frankfurt@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführer:
Michael Zimmermann-Freitag

Region Rhein-Main-West

Rheingau-Taunus-Kreis, Stadt Wiesbaden
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Bahnhofstraße 36, 65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 3 08 56 64
Fax: 06 11 / 3 08 69 08
E-Mail: wiesbaden@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Heike Lange

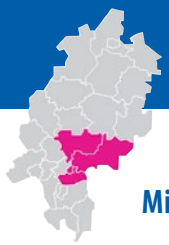
Region Mittelhessen

LK Marburg-Biedenkopf, Stadt Marburg, Lahn-Dill-Kreis, Stadt Wetzlar, LK Limburg-Weilburg, LK Gießen, Stadt Gießen
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Bahnhofstraße 61, 35390 Gießen
Telefon: 06 41 / 98 44 45-0
Fax: 06 41 / 98 44 45-19
E-Mail: giessen@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin: Claudia Klee

Region Nordhessen

LK Kassel, Stadt Kassel, LK Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis
Sitz der Regionalgeschäftsstelle:
Treppenstraße 4, 34117 Kassel
Telefon: 05 61 / 81 64 45 02
Fax: 05 61 / 81 64 45 03
E-Mail: kassel@paritaet-hessen.org
Regionalgeschäftsführerin:
Rosa-Maria Hamacher

Lange mangelte es den Trägern der sozialen Arbeit an Schutzmaterial. Im Sommer konnte die Paritätische Regionalgruppe Rhein-Main-Ost mehr als 200.000 Einwegmasken kostenfrei an die Mitgliedsorganisationen verteilen. Im Bild von links: Hanne Schirmer, Thomas Schüler und Sabine Schmelter-Schmitz aus der Offenbacher Regionalgeschäftsstelle.



OFFENBACH

Migrationsberatung an zentraler Stelle

Das Jahr 2020 begann in der Region mit einer positiven Nachricht, an deren Zustandekommen auch der Paritätische als Mitglied der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Stadt und Kreis Offenbach beteiligt war. Nach einjähriger Pause wurden Mitte Februar die Migrationsberatung für erwachsene Zuwander*innen (MBE) und der Jugendmigrationsdienst (JMD) reaktiviert, und zwar an zentraler Stelle – im Offenbacher Bürgerbüro. Zugewanderte Menschen werden dort individuell beraten und aktiv auf dem Weg in ihr neues Lebensumfeld begleitet. Ein breites Trägernetzwerk, an dem auch Mitgliedsorganisationen des Paritätischen beteiligt sind, ermöglicht das kostenfreie Angebot mit hauptamtlichen Migrationsberater*innen, die zwölf Sprachen sprechen. Kaum eröffnet, musste das Beratungsangebot coronabedingt allerdings schon wieder ausgesetzt beziehungsweise auf digitale und telefonische Beratung umgestellt werden.

Ausnahmesituation bewältigen

Auch zahlreiche andere Angebote sozialer Träger in Stadt und Kreis Offenbach, im Main-Kinzig-Kreis und im Wetteraukreis mussten umgestaltet oder ganz eingestellt werden. Verbunden war damit für die Regionalgeschäftsstelle ein großer Beratungs- und Unterstützungsbedarf der Mitgliedsorganisationen. Diese waren mit einer Vielzahl von Ausnahmesituationen, Regeln und Vorschriften konfrontiert, die es im Sinne der Klient*innen zu bewältigen galt.

Parallel zur Unterstützung der Mitglieder mussten auch die eigenen Strukturen auf Regional- und Kreisgruppen-Ebene coronakonform umgestaltet werden. Denn Gremien wie Sprecher*innen-Rat und Kreisgruppensitzungen konnten ebenfalls nicht mehr in Präsenz stattfinden und mussten digital durchgeführt werden.

Angebote freier Träger in Gefahr

In allen drei Kreisen (Offenbach, Wetterau und Main-Kinzig) bemühte sich der Paritätische darum, dass die Folgen der Corona-Pandemie die freien Träger nicht in ihrer Existenz gefährden können und dass die Leistungen für die von ihnen betreuten Personen wenigstens eingeschränkt aufrechterhalten werden können. In der Wetterau betonten die Paritätischen Träger in zwei gemeinsam abgestimmten Schreiben an Landrat Jan Weckler und die Erste Kreisbeigeordnete Stephanie Becker-Bösch, dass sie als Anbieter sozialer Dienstleistungen nicht auf Rücklagen zurückgreifen könnten und daher auf die Weiterfinanzierung der Angebote angewiesen seien. Die massiven Einschränkungen, die viele Angebote unmöglich machten, gefährdeten Arbeitsplätze und den Fortbestand der Angebote für die Zielgruppen. Notwendig sei eine weitreichende Unterstützung durch den Kreis als Auftraggeber, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Darüber hinaus wurde die lange Zeit unzureichende Ausstattung mit Schutzausrüstung für Mitarbeiter*innen und Klient*innen kritisiert, insbesondere in Einrichtungen, in denen Menschen zusammenleben und betreut werden, wie zum Beispiel in Frauenhäusern und in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete, aber auch in Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen.

Rassistische Gewalttat

Wenn auch Corona das nahezu alles bestimmende Thema im Jahr 2020 war, so lenkte im Februar ein rassistisch motiviertes Attentat den Blick der Republik auf Hanau. Ein 43-jähriger Bürger der Stadt erschoss neun Menschen, die eine Migrationsgeschichte hatten. Sechs weitere Menschen wurden verletzt. Der Mann tötete zudem seine Mutter und nahm sich dann selbst das Leben.

Vertreter*innen zahlreicher Mitgliedsorganisationen des Paritätischen nahmen an der Trauerfeier für die Opfer der Gewalttat teil.

AUTOR*INNEN Hanne Schirmer, Stephan Kunz

After-Work-Treffen

Die Reihe „After-Work-Treffen“ der Kreisgruppe Bergstraße bietet Mitgliedsorganisationen bei Getränken und Snacks die Möglichkeit zum Austausch und für anregende Gespräche. 2020 lud der Sprecher*innen-Rat zu zwei Treffen ein. Beim ersten Treffen stellte sich der Verband Paritätischer Arbeitgeber Hessen e. V. (VPA), vertreten durch Vorstandsmitglied Gerhard Lude-Meckbach, vor. Der VPA ist die Interessenvertretung und das Netzwerk für tarifliche und arbeitsrechtliche Fragen der freiwillig organisierten sozialwirtschaftlichen Vereine und Unternehmen, die Mitglied im Paritätischen sind. Beim zweiten Treffen stellte Referent Artur Louis „Fördermöglichkeiten über den Paritätischen Hessen“ vor.

Klangraum voller Farben und Formen

Zu einer der wenigen Live-Veranstaltungen in Zeiten von Corona lud der Arbeitskreis BehindART im Juli in einen Klangraum voller Farben und Formen in der Foyergalerie des Stadthauses. Schirmherr der Veranstaltung war Darmstadts Oberbürgermeister Jochen Partsch. Die BehindART-Künstler*innen Andrea Söller und Volker Hartl zeigten ihre großformatigen Gemälde zum ersten Mal gemeinsam, dazwischen waren die verschlungenen Holzskulpturen des Bildhauers Walter Schwenk zu bestaunen. Nach der Begrüßung durch die Darmstädter Kulturamtsleiterin Cornelia Artinger und Anne Franz, Ehrenvorsitzende des Paritätischen Hessen, erlebten die Gäste ein besonderes Treffen von Kunst und Natur, musikalisch begleitet von Conny & Siggi Abramzik.

1. Virtueller Selbsthilfetag in Hessen

Am 14. November luden die Selbsthilfebüros der Paritätischen Projekte gGmbH gemeinsam mit dem Selbsthilfe e. V. Frankfurt zum 1. Virtuellen Selbsthilfetag. Für die Selbsthilfebüros und die vielen Selbsthilfeaktiven, die bei ihrer Arbeit viel Wert auf persönliche Kontakte legen, war das Internettreffen ein ganz neues Format. Dass Selbsthilfegruppen in diesen schwierigen Zeiten vielleicht noch wichtiger sind als ohnehin, das würdigte auch Ministerpräsident Volker Bouffier, der als Schirmherr den Tag per Videobotschaft eröffnete und sagte: „Ich hoffe, dass Sie all die Menschen, von denen man häufig gar nicht weiß, mit welchen Herausforderungen sie sich beschäftigen müssen, weiter begleiten können“. Er dankte zugleich auch den vielen Ehrenamtlichen in Hessen, die sich in Selbsthilfegruppen engagieren.

DARMSTADT

Bei einem Podiumsgespräch tauschten sich Aktive aus den Selbsthilfegruppen AA Young People Frankfurt (Anonyme Alkoholiker), der Frauenselbsthilfe nach Krebs Offenbach und aus der Gruppe „Cocaine Anonymous Darmstadt“ aus. Für alle drei war klar: „Ohne persönliche Kontakte geht es auf Dauer nicht.“ Gleichwohl haben alle drei Gruppen Telefon- und Videokonferenzen ins Leben gerufen, um trotz Corona Treffen zu realisieren. Ein Nebeneffekt: Den Gruppen haben sich auch Menschen aus anderen Regionen Deutschlands angeschlossen. In Darmstadt hat man darum vor, auch nach Corona mit sogenannten hybriden Treffen weiterzumachen.

Wohnungssituation im Odenwald

Unter der Federführung und auf Initiative der Liga der Freien Wohlfahrtspflege im Odenwaldkreis wurden Parlamentarier*innen und Bürgermeister im Oktober zur konstituierenden Sitzung der AG Wohnungssituation im Odenwaldkreis eingeladen. Mehr als 40 Personen kamen in die Stadtkirche in Erbach. Zunächst wurden die Ergebnisse einer Online-Umfrage der Liga zur aktuellen Wohnraumsituation im Odenwaldkreis präsentiert. Hauptbetroffene des angespannten Wohnungsmarkts sind die Zielgruppen der sozialen Arbeit wie etwa Menschen mit Behinderungen, Wohnungslose, Frauenhausbewohnerinnen und ihre Kinder, Jugendliche in stationären Jugendhilfeeinrichtungen.

Drei Unterarbeitsgruppen wollen sich künftig intensiv mit den Themen „Sozialer Wohnungsbau“, „Netzwerke“ und „Beratung und Betreuung“ befassen, um gemeinsame Vorschläge für die Politik zu erarbeiten. Viele Politiker*innen zeigten großes Interesse daran, sich mit den Ligaverbänden auszutauschen und gemeinsam nach neuen Wegen in der Wohnraumversorgung zu suchen.

AUTORIN Margit Balß

Starker Mitgliederzuwachs

Das Corona-Krisenjahr 2020 brachte viele Herausforderungen für die Regionalgeschäftsstelle Frankfurt. Dazu gehörte auch eine positive Entwicklung: Fast jeden Monat kam eine neue Mitgliedsorganisation zum Verband, was mit entsprechend intensiver Beratungsarbeit verbunden war. Elf Neuaufnahmen waren in der Region Frankfurt am Main zu verzeichnen. Die Zahl der Mitgliedsorganisationen ist damit um mehr als fünf Prozent gewachsen.

Politische Gespräche

Bildung, Integrations- und soziale Arbeit waren Themen des Politischen Salons beim Verein für Kultur und Bildung e. V. (KUBI) im September. Anna Latsch, stellvertretende Geschäftsführerin von KUBI, moderierte die Diskussion zwischen der Frankfurter Stadträtin Albina Nazarenus-Vetter (CDU), Uwe Paulsen (Stadtverordneter von Bündnis 90/Die Grünen) und Michael Zimmermann-Freitag (Geschäftsführer der Regionalgeschäftsstelle Frankfurt).

In der Diskussion ging es unter anderem um die gewaltigen Herausforderungen, vor denen die Stadt Frankfurt am Main steht, wie etwa Teilhabe sichern, sozial benachteiligte Menschen unterstützen, Familien stärken und Kindern ihre Bildungschancen sichern.

Umfrage gestartet

Der Stadtverband Frankfurt am Main des Paritätischen startete im Sommer 2020 unter seinen nahezu 160 Mitgliedsorganisationen eine Umfrage zur Situation während der Corona-Pandemie. Die Ergebnisse nahm der Vorstand des Stadtverbands zum Anlass, mit der Politik ins Gespräch zu kommen. Bei Gesprächen mit Stadtverordneten der Fraktionen von SPD, CDU und FDP ging es im Dezember um folgende Themen:

- die Systemrelevanz der sozialen Arbeit betonen
- die Vielfalt der sozialen Angebote und Konzepte und damit die Vielfalt der Träger erhalten
- die finanziellen Zuschüsse für das Jahr 2020 und die Mehraufwendungen in der Corona-Pandemie sichern
- Planungssicherheit für die Jahre 2021 und 2022 schaffen

Gespräche mit den ebenfalls angefragten Fraktionen der Grünen und der Linken kamen leider nicht zustande.

Forderungen an die Fraktionen

Der Vorstand des Paritätischen Stadtverbands Frankfurt am Main forderte die Fraktionen des Stadtparlaments auf, ihren Beitrag zur Stabilisierung und Sicherstellung der sozialen Arbeit in Frankfurt am Main zu leisten. In den kommenden Monaten – und darüber hinaus in den kommenden zwei Jahren – müsse alles dafür getan werden, den Frankfurter Bürger*innen die Angebote und die Leistungen der freien Träger der Wohlfahrtspflege in allen Bereichen der sozialen Arbeit weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen.

Der Paritätische sieht den Austausch mit den Stadtverordneten nicht als Einbahnstraße. Er machte deutlich, dass Treffen vor Ort helfen könnten, einen Einblick in und Verständnis für die Problemlagen und die Arbeit der sozialen Institutionen zu erhalten.

Für einen regelmäßigen Austausch sind verschiedene Formate sinnvoll. Zu bestimmten Themen können beispielsweise kleinere Veranstaltungen durchgeführt werden. Ein wichtiges Ziel ist es, öffentlichkeitswirksam und verbindlich zu agieren. Die Treffen mit den Fraktionsvertreter*innen im Jahr 2020 waren daher auch als Einstieg in einen regelmäßigen Austausch gedacht. 2021 sollen die Gespräche über die Entwicklung der Corona-Pandemie und deren Folgen fortgeführt werden.

AUTOR Michael Zimmermann-Freitag

Trotz Corona-Rückschlag Erfolg für Kultur Mittendrin

Das Jahr 2020 begann mit positiven Aussichten. Vom Amt für Soziale Arbeit der Stadt Wiesbaden wurden wieder 20.000 Euro für das inklusive Cafémobil am Schiersteiner Hafen bewilligt (siehe S. 29). Und erstmalig waren der Regionalgeschäftsstelle Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis auch für ihr Teilhabeprojekt Kultur Mittendrin vom Kulturamt der Stadt Wiesbaden 20.000 Euro bewilligt worden. Was 2011 als sechswöchige Sommeraktion begonnen hat, kann nun ganzjährig verstetigt werden. Kultur Mittendrin vermittelt Menschen mit geringem Einkommen Freikarten für Kulturveranstaltungen in der Landeshauptstadt. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass Kultur mehr ist als bloße Unterhaltung und Zerstreuung, sondern dass der Besuch von Theater, Kino, Museen und Konzerten für viele Menschen ein grundlegendes Bedürfnis ist.

Die Homepage von Kultur Mittendrin.

Doch dann brach die Corona-Pandemie aus und brachte ganz neue Herausforderungen und erst einmal herbe Rückschläge für Kultur Mittendrin. Denn plötzlich fiel das kulturelle Leben in Stadt und Kreis nahezu komplett aus. Dennoch gelang es im Laufe des Jahres, ein großes Netzwerk zu knüpfen und viele Veranstalter ins Boot zu holen, die Karten für das Projekt anbieten. So konnte beispielsweise im August in der Caligari Filmbühne ein Familienfilm gezeigt werden. Fast gleichzeitig ging die Homepage www.kultur-mittendrin-wiesbaden.de an den Start. Dort gibt es alle Infos über das Projekt, die Veranstaltungen und die Kartenvermittlung.

Mit Ideenreichtum das Beste aus der schwierigen Lage gemacht

coronabedingt musste die Regionalgeschäftsstelle die Kontakte mit den Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartnern auf Video- und Telefonkonferenzen umstellen. Viele Informationen zu den immer wieder neuen Vorgaben und Regelungen seitens des Bundes, des Landes, der Stadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises wurden an die Mitgliedsorganisationen übermittelt, und diese wurden bei der Umsetzung beratend unterstützt.

Wie kann soziale Arbeit trotz aller Einschränkungen und Auflagen gestaltet werden? Und wie können die Menschen in ihrer Lebenswelt begleitet und unterstützt werden? Mit diesen Fragen waren alle Mitgliedsorganisationen konfrontiert. Und sie fanden schnell vielfältige und innovative Lösungen. Einige Beispiele:

Casa e. V. erreichte Menschen aller Altersklassen im Stadtviertel mit Überraschungspäckchen, Telefonaten sowie Messenger-Diensten und bemühte sich erfolgreich um die Sicherstellung der Versorgung des täglichen Bedarfs. Dafür wurde der Verein vom Land Hessen für besondere Arbeit in Corona-Zeiten ausgezeichnet. Max und Moritz e. V. organisierte für Jugendliche und Kinder mit einer Zirkuspädagogin Kunststücke und Vorführungen. Auch die Integrationsassistenzen/Sprachmittler*innen von Migra Mundi, Frauenwelten e. V. und WiF e. V. waren weiterhin aktiv. Alle Kita-Träger hielten Kontakte zu den Familien, mit Bastelanleitungen, Spielangeboten sowie virtuellen Elterngesprächen, und boten Notbetreuung an.

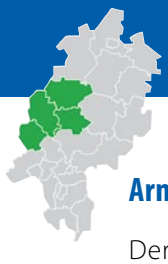
Zusätzlicher Beratungsbedarf

Bei den Ämtern der Wiesbadener Verwaltung gab es mit dem ersten Lockdown keine Vorort-Termine mehr, keine „Annahmestelle" für Anträge, und auch die telefonische Erreichbarkeit war begrenzt. Dies bedeutete für die Träger der sozialen Arbeit erhöhten Unterstützungsbedarf bei Anträgen und Beratung. Die Kritik der Wohlfahrtsverbände, dass die Schwierigkeiten bei der Erreichbarkeit der Behörden besonders benachteiligte Bürger*innen träfen, fruchtete: Zum Ende des Jahres hin verbesserte sich die Situation merklich. Trotzdem bleibt die Forderung nach einem Gesamtkonzept für Krisenzeiten und der strukturellen Einbindung der Träger der sozialen Arbeit.

Im Rheingau-Taunus-Kreis funktionierte der Austausch zwischen den Wohlfahrtsverbänden im ersten Lockdown vorbildlich, wöchentlich fand eine Telefonkonferenz zu aktuellen Fragen statt. Die Zugänglichkeit der Verwaltung war telefonisch gegeben, nur die Umstellung auf virtuelle Gremienarbeit dauerte eine Weile.

AUTORIN Heike Lange

Regionalgruppen-Geschäftsführerin Claudia Klee mit dem Plakat zum Aktionstag „Gemeinsam Handeln gegen Armut“ in Marburg.



GIESSEN

Armut vor der Haustür

Der Armutsbericht 2019 des Paritätischen Gesamtverbands gab ein alarmierendes Zeichen: Nach der aktuellen Statistik gehört Mittelhessen mit einer Armutsquote von 19,5 Prozent zu den zwölf ärmsten Regionen in Deutschland. Ein Thema, das in den einzelnen Kreisgruppen und Gremien aufgenommen und diskutiert werden sollte – jedoch machte die Pandemie einen Strich durch diese Rechnung. Zu Beginn des Jahres konnte noch eine Veranstaltung in Marburg stattfinden, bei der Dr. Yasmin Alinaghi, Geschäftsführerin des Paritätischen Hessen in einem Vortrag „die Armut vor der Haustür“ und die daraus resultierenden Forderungen und Handlungsmöglichkeiten eindrücklich beschrieb. Im Laufe des Jahres zeichnete sich bereits ab, dass die Auswirkungen der Pandemie auch das Thema Armut weiter verschärfen werden.

Die Pandemie und ihre Auswirkungen

Die Pandemie brachte auch für den Paritätischen in Mittelhessen viele Herausforderungen. Dazu gehörten unter anderem die Umstellung der Kreisgruppensitzungen auf digitale Formate, kostenfreie Schulungsangebote für die Mitgliedsorganisationen, Informationen und Beratung zum Sozialdienstleister-Einsatzgesetz, zu Kurzarbeit und Fördermöglichkeiten. Es galt 230.000 gespendete Einwegmasken in der Region zu verteilen und bei der Entwicklung von Hygieneschutzkonzepten und der Arbeit im Homeoffice zu beraten. Es wurden „Bildungspäckchen“ verteilt und eine „Beratungs-Bude“ eröffnet. In vielen (Video-)Konferenzen und Telefonaten tauschten sich die Mitgliedsorganisationen intensiv untereinander aus und unterstützten sich gegenseitig. Die Begleitung und Informationspolitik des Paritätischen Landesverbands wurde durchweg als sehr positiv und hilfreich erlebt.

Aus den Kreisgruppen

In Marburg-Biedenkopf konnte der Austausch zwischen Kreisgruppe und Landrätin Kirsten Fründt sowie Uwe Pöppler, dem Leiter des Fachbereichs Familie, Jugend und Soziales beim Kreis, zwar als Präsenzveranstaltung stattfinden, aber der geplante Themenschwerpunkt „Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ wurde in das Folgejahr verschoben und durch den Austausch über „Pandemiebedingungen und ihre Auswirkungen auf die Träger/die Klientel“ ersetzt. Die von der Stadt Marburg geplante Armutskonferenz wurde ebenfalls ins Folgejahr verschoben. Es fanden jedoch eine Pressekonferenz und ein Aktionstag, „Gemeinsam handeln gegen Armut“, in kleinerem Stil statt. Iris Demel wurde als Kreisgruppensprecherin verabschiedet.

In Gießen konnten die langwierigen Verhandlungen zur tariflichen Anpassung der leistungsorientierten Zuwendungsverträge zwischen freien Trägern, Stadt und Landkreis endlich zu einem positiven Abschluss geführt werden. Gabi Keiner wurde als neue Kreisgruppensprecherin gewählt.

In Limburg-Weilburg wurde das Netzwerk für Beschäftigungsförderung reaktiviert. Bereits bei der Gründung des Netzwerks im Jahr 2011 lautete die Hauptforderung: „Entwicklung braucht Zeit“. Und es wurde festgestellt, dass Arbeit und Beschäftigung mehr sind als Broterwerb, sondern eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration darstellen. Diese Forderungen sind nach wie vor aktuell. Die Pandemie hat die schlechte Lage für Langzeitarbeitslose zusätzlich verschärft.

Im Lahn-Dill-Kreis lud die SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt zum regelmäßigen Austausch in Video-Konferenzen ein. Die Kreisgruppen-Mitglieder beteiligten sich rege an den Diskussionen zu Themen wie: Die Situation freier Träger während der Pandemie. Wie kommen Menschen mit Behinderung durch die Pandemie? Wie geht es Kindern und Jugendlichen in der Corona-Zeit?

Paritätische Forderungen

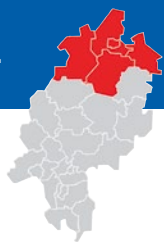
Die auf Landesebene erarbeiteten „Paritätischen Forderungen zur Kommunalwahl 2021“ wurden mit regionalen Bedarfen abgeglichen und konkrete Anfragen an die Politik vor Ort formuliert. Die Planung von coronakonformen Formaten und Veranstaltungen im Rahmen des Kommunalwahlkampfs lief Ende des Jahres auf Hochtouren.

AUTORIN Claudia Klee

Das Spielmobil Rote Rübe e. V. hat in ganz Kassel mobile Spielstationen mit Bastelangeboten, Spielideen und Straßenmalkreide aufgebaut. Die Spielstationen gibt es immer noch. Sie werden nun von verschiedenen Paritätischen Mitgliedsorganisationen bestückt.

#derLadenläuft

KASSEL



Großer Erfolg mit dem Projekt #derLadenläuft

Im Corona-Krisenjahr 2020 hat sich die große Stärke des Paritätischen gezeigt: Zusammenhalt trägt durch schwere Zeiten.

Die Regionalgeschäftsstelle Kassel konnte in kürzester Zeit ihre Arbeitsweise der Pandemie anpassen. Der schnelle, regelmäßige und zielführende Austausch mit den Mitgliedern und dem Landesverband Hessen ermöglichte es, die relevanten Themen schnell zu benennen und zu bearbeiten. Es fanden neben wöchentlichen Abstimmungen mit den nordhessischen Sprecher*innen auch zahlreiche regelmäßige Gespräche mit den Spitzenvertreter*innen der Kommunalpolitik und den politischen Vertreter*innen aus Land und Bund statt.

Im April 2020 entstand so auch das Projekt #derLadenläuft. Durch den ersten Lockdown gab es Organisationen, die ihre Arbeit zum Teil ruhen lassen oder reduzieren mussten. Auf der anderen Seite gab es vor allem in Pflegeeinrichtungen größere Engpässe. Durch das Projekt konnten Mitglieder auf einer Art digitaler Pinnwand ihre Bedarfe oder mögliche personelle Unterstützung melden. Die Organisationen wurden über die Regionalgeschäftsstelle miteinander in Kontakt gebracht. In ganz Hessen meldeten sich Organisationen, und etliche Male passten Bedarf und Hilfsangebote zusammen.

Auf einer eigenen Social-Media-Seite auf Facebook konnten unter #derLadenläuft soziale Organisationen zudem zeigen, welche kreativen Möglichkeiten sie durch den Pandemie-Alltag tragen und wie mit ungewöhnlichen Mitteln die Gesellschaft in Krisenzeiten zusammengehalten werden kann. Und da kam einiges zusammen, was häufig auch mit kurzen Videoclips dokumentiert wurde.

Refresh dein Social Business

Die Mitgliedsorganisationen waren 2020 auf vielen verschiedenen Ebenen enorm gefordert: fachlich, inhaltlich und kräftemäßig. Sie haben Großes geleistet. Die Krise erwies sich aber auch als Turbo für Organisationsentwicklung und Transformationen. Für die Mitglieder in der Region Nordhessen wurden im Sommer zwei interne Workshops organisiert, um die neuen Entwicklungen und Herausforderungen in den Organisationen verankern zu können. Die Neue Denkerei präsentierte bei einem zweitätigen Workshop mit dem Titel „Refresh dein Social Business“ die Vielfalt der New-Work-Methoden und lud die Mitglieder ein, Transformationsprozesse zu gestalten und mobile Arbeitsmethoden zu erproben. In einem weiteren Workshop ging es um das Thema Fachkräftemangel. Gemeinsam mit einer nordhessischen Expertin für die Gewinnung und Vermittlung von Fachkräften ging es unter anderem um die Frage: Wie wird eine attraktive Arbeitgeber-Marke gestaltet?

Debatte über wichtige gesellschaftliche Themen

Corona hat für die Sozialwirtschaft, für Vereine und Ehrenamtliche viele Veränderungen gebracht und die Debatte über wichtige gesellschaftliche Themen geschärft. Die Regionalgeschäftsstelle hat für die kommenden Jahre folgende Themen notiert, die es zu bearbeiten gilt:

- „Das haben wir schon immer so gemacht“ ist kein adäquates Lösungsmuster mehr.
- In der eigenen Blase kommen wir nicht weiter.
- Digitalisierung ist mehr als Computer anschaffen.
- Solidarität wird auch für die Zeit nach Corona gebraucht.
- Bildung ist mehr als Schule und Jugend.
- Für Demokratie gibt es kein automatisches Update.

AUTORIN Rosa-Maria Hamacher

Henner Conrad, der Kreisgruppensprecher im Vogelsberg, wurde in den Ruhestand verabschiedet. Rechts von ihm Regionalgruppen-Geschäftsführerin Karola Günther.

Neues Format: Online-Konferenzen für Geschäftsführer*innen

Die Arbeit in den Kreisgruppen hat im Frühjahr eine Vollbremsung erfahren. Zwei hochkarätige Veranstaltungen in den Landkreisen Vogelsberg und Hersfeld-Rotenburg mussten kurzfristig abgesagt werden – Lockdown. Sie sollen aber nachgeholt werden.

Die Umstellung von bislang üblichen Präsenzsitzungen auf virtuelle Kommunikation mit den Mitgliedern ging sehr schnell. Der Fokus lag nun auf einer optimalen Unterstützung in einer Krisensituation.

Alle Träger standen vor ähnlichen Herausforderungen: Woher bekomme ich Schutzausrüstung? Wie setzte ich ein Hygienekonzept um? Wie organisiere ich meine Arbeit neu? In der Mitgliedschaft entstand das Bedürfnis nach Austausch und Unterstützung, vor allem nach ganz konkreten und praktikablen Lösungswegen. Die Geschäftsführung der Regionalgruppe organisierte Zoom-Treffen speziell für Akteur*innen aus Geschäftsführungen und Vorständen, bei denen die „brennenden" Themen besprochen wurden. So wurden beispielsweise seriöse Lieferanten von Schutzmasken weiterempfohlen und ein Plan für die Bereitstellung von Schutzausrüstung im Notfall erstellt. In dieser Form gab es das vorher nicht. „Für uns ist die gegenseitige Unterstützung sehr wertvoll", hieß es aus dem Kreis der Teilnehmer*innen. Diese lernten sich bei den virtuellen Runden besser kennen und möchten das ausbauen. „Wir wollen uns nach Corona persönlich treffen." Das Online-Format wird über die Krise hinaus angepasst fortgeführt.

Workshop: Soziales in sozialen Medien

Durch den Lockdown wurde bei den Mitgliedern ein Digitalisierungsschub ausgelöst. Darauf reagierend bot die Regionalgruppe schon im Mai einen Workshop zum Umgang mit sozialen Medien und Kommunikationstechnik an. Alle Beteiligten waren hoch motiviert, sich auf neue Formate einzustellen und die Arbeit kreativ weiterzuentwickeln: „Wir müssen und wollen neue Wege finden."

Neue Flyer der Kreisgruppen

Das Projekt, den Paritätischen mit seinen Mitgliedern stärker bekannt zu machen, wurde weiterverfolgt. Alle drei Flyer der Kreisgruppen wurden aktualisiert und völlig neu gestaltet. Prägnant und übersichtlich wird das breite Spektrum der sozialen Arbeit in den Kreisgruppen dargestellt. Die Flyer wurden in digitaler und gedruckter Version an Politik, Verwaltung, Verbände sowie die Mitglieder verschickt und kamen sehr gut an. Viele Träger orderten Printversionen zum Verteilen.

Seminar: Strategische Ausrichtung und Öffentlichkeitsarbeit

Zusammen mit der Regionalgeschäftsstelle in Gießen wurde ein Seminar zur strategischen Ausrichtung und Öffentlichkeitsarbeit angeboten. Die Teilnehmer*innen erarbeiteten gemeinsam Grundlagen für die Öffentlichkeitsarbeit. Gerade in der Pandemie war es den Regionalgruppen wichtig, die Mitglieder dabei zu unterstützen, ihre Arbeit transparent zu machen und ihre Stärken als soziale Akteure nach außen zu tragen. Besonders wichtig ist die gegenseitige Vernetzung in den sozialen Medien, auch mit den Regionalgeschäftsstellen. Viele Teilnehmer*innen sagten: „Wir haben uns noch nie mit Facebook oder Instagram beschäftigt. Wir haben viel dazu gelernt, das wir vertiefen wollen." Aber auch gestandene „Akteur*innen" haben ihr Blickfeld erweitert und von dem Feedback der erfahrenen Referentin profitiert.

Henner Conrad verabschiedet

Ein liebenswürdiger, engagierter und authentischer Mitstreiter wurde 2020 in den Ruhestand verabschiedet: Henner Conrad. Für seine über 20-jährige Tätigkeit als Kreisgruppensprecher im Vogelsberg wurde er mit der silbernen Ehrennadel des Paritätischen Hessen geehrt. In seiner letzten Sitzung mit den osthessischen Kreisgruppensprecher*innen betonte Henner Conrad: „Mir hat es immer Freude gemacht, als Sprecher tätig zu sein. Der Paritätische ist ein Verein mit einer ganz eigenen Dynamik. Sie zu nutzen und Wirkungen zu entfalten ist die Herausforderung für jede*n Einzelne*n."

AUTORIN Karola Günther

ZAHLEN UND FAKTEN

MAINHAUSEN MELSUNGEN HERBSTEIN MARBURG FRANKFURT AM MAIN KELKHEIM KASSEL HOFGEISMAR DARMSTADT GROSS-

NEUE MITGLIEDS-ORGANISATIONEN 2020

Villa Kunterbunt e. V. in Mainhausen

Zweck des Vereins ist die Förderung der Kindererziehung, insbesondere durch die Einrichtung und den Betrieb einer Kindertagesstätte, die ein kontinuierlicher Kindertreffpunkt sein soll.

www.villa-kunterbunt-mainflingen.de

KiM – Kindergruppe in Melsungen e. V. in Melsungen

Zweck des Vereins ist die theoretische und praktische Förderung pädagogischer Arbeit mit Kindern.

www.kim-melsungen.de

Leben am Weinberg e. V. in Herbstein

Aufgabe des Vereins ist die inklusive Begleitung und Förderung von Jugendlichen und Erwachsenen, die von Behinderungen betroffen sind.

Die Hilfe e. V. – Mobiler Sozialdienst in Wiesbaden

Zweck des Vereins ist es, in Not geratenen Menschen zu helfen sowie kranke, alte und behinderte Menschen zu unterstützen.

www.die-hilfe-ev.de

LEADERSHIP RHEIN-MAIN – Netzwerk auf Augenhöhe gemeinnützige Unternehmergesellschaft in Kronberg

Zweck der Gesellschaft ist u. a. die Förderung der Bildung und Erziehung, Förderung der Jugend- und Altenhilfe, Förderung des Wohlfahrtswesens, die Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte und für Flüchtlinge, Vertriebene und Menschen mit Behinderung sowie Hilfe für Opfer von Straftaten.

www.leadership-rm.de

Aktivspielplatz Wilde Wiese e. V. in Dietzenbach

Zweck des Vereins ist u. a. eine Kinder- und Jugendfarm zu schaffen, zu betreiben und zu erhalten sowie bestehende Kinder- und Jugendinitiativen zu vernetzen.

www.kinder-und-jugendwelten.de

Väteraufbruch für Kinder Marburg e. V. in Marburg

Der Verein fördert u. a. die Eltern-Kind-Beziehung und die Emanzipation der Väter von dem herkömmlichen Rollenverständnis zu einer stärkeren Hinwendung zu ihren Kindern.

www.marburg.vaeteraufbruch.de

Verein für Bildung und Beratung e. V. in Marburg

Zwecke des Vereins sind die Förderung der Jugend- und Altenhilfe, der Erziehung, der Volks- und Berufsbildung, der gesellschaftlichen Integration behinderter Menschen und die allgemeine Wohlfahrtspflege.

www.vbb.arbeit-und-bildung.de

ZuBaKa gemeinnützige GmbH in Frankfurt am Main

Der Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Bildung und Erziehung.

www.zubaka.de

Cool Strong Kids – Verein für Gewalt- & Kriminalprävention e. V. in Kelkheim

Zweck des Vereins ist u. a. die Kriminal- & Gewaltprävention, Berufsbildung und Erziehung sowie die Förderung, Stärkung, Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen.

www.coolstrongkids.de

WABE e. V. in Hamburg

Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe sowie der Bildung und Erziehung in Einrichtungen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen.

www.wabe.de

TrotzDem-Aktiv TD-A – gemeinnützige Unternehmergesellschaft in Frankfurt am Main

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe, der Barrierefreiheit sowie die Förderung mildtätiger Zwecke.

www.trotzdem-aktiv.de

Familiengemeinschaften Waldecker Land e. V. in Korbach

will insbesondere für die Bedürfnisse jener Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Sorge tragen, die nicht länger in ihrer derzeitigen Lebenssituation aufwachsen können.

www.familiengemeinschaften.de

F.I.Z. e. V. (Fördern – Integrieren – Zusammenarbeit) in Offenbach

Zweck des Vereins ist die Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere durch Förderung der Erziehung.

www.fiz-verein.de

CeBeef – Inklusion und Schule GmbH in Frankfurt am Main

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Gleichstellung, der Selbstbestimmung und des Selbstvertretungsanspruchs behinderter Menschen in allen Lebensbereichen.

www.cebeef.com

Kinder leben in der Stadt e. V. in Melsungen

Der Zweck des Vereins ist die Förderung und Initiierung von Maßnahmen und Einrichtungen, die eine Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche in dem Stadtgebiet der Stadt Melsungen anstreben.

www.kids-kinderhaus-melsungen.jimdo.com

Anwesend e. V. in Kassel

Zweck des Vereins ist u. a. die Förderung der Jugend- und Altenhilfe, von Kunst und Kultur, der Erziehung und

WIESBADEN KRONBERG DIETZENBACH HAMBURG KORBACH OFFENBACH GERAU ALTENSTADT HOMBERG (EFZE) FULDA

Erwachsenenbildung, insbesondere der Umweltbildung sowie der Hilfe für Menschen mit Behinderung.

www.anwesend.fr

Deutsche Epilepsievereinigung, Landesverband Hessen e. V. in Frankfurt am Main

Zweck des Vereins ist die Förderung des selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Epilepsie als gleichberechtigte Partner in Schule, Ausbildung, Beruf etc.

www.epilepsie-sh-hessen.de

CeBeeF – Assistenz und Pflege GmbH in Frankfurt am Main

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Gleichstellung, der Selbstbestimmung und des Selbstvertretungsanspruchs behinderter Menschen in allen Lebensbereichen.

www.cebeef.com

SelbstbestimmtLeben – GemeinsamWohnen e. V. in Hofgeismar

Zweck des Vereins ist die Förderung der Altenhilfe und der Wohlfahrtspflege.

www.selbstbestimmt-gemeinsam.de

LET'S GO e. V. – Verein zur Unterstützung der Behandlung krebserkrankter Frauen in Wiesbaden

Zweck des Vereins ist die Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung krebserkrankter Frauen, insbesondere im Rahmen der gynäkologisch-onkologischen Behandlung.

www.lets-go-ev.org

Waldorfschul- und Kindergartenverein Darmstadt e. V. in Darmstadt

Zweck des Vereins ist die Förderung und Pflege moderner Erziehungsmethoden nach dem Vorbild der Waldorf-Pädagogik.

www.waldorfschule-darmstadt.de

Vair e. V. in Offenbach

Zweck des Vereins ist u. a. die überparteiliche, ausschließliche und unmittelbare gemeinnützige Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

www.vairein.de

Stiftung für seelische Gesundheit in Groß-Gerau

Zweck der Stiftung ist die Förderung und Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von psychisch kranken Menschen im und aus dem Landkreis Groß-Gerau.

www.ssg-kreisgrossgerau.de

Hand-in-Hand für schwerstkranke und krebskranke Kinder e. V. in Altenstadt

Zweck des Vereins ist die ideelle und finanzielle Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege sowie der Jugendhilfe.

www.hand-in-hand.it

IWA Integration-Weiterbildung-Ausbildung e. V. in Homberg (Efze)

Zweck des Vereins ist u. a. die Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsopfer, Kriegshinterbliebene, Kriegsgeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschäftigte und Behinderte sowie Hilfe für Opfer von Straftaten.

Frauen helfen Frauen e. V. in Frankfurt am Main

Zweck des Vereins ist die beratende und tätige Hilfestellung für körperlich, psychisch, wirtschaftlich oder sozial misshandelte Frauen.

www.frauen-helfen-frauen-ffm.de

Deutscher Kinderschutzbund Kreis- und Ortsverband Fulda e. V. in Fulda

Zweck des Vereins ist u. a. die Verwirklichung der im Grundgesetz verankerten Rechte für Kinder und Jugendliche und die Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes, die Verwirklichung einer kinderfreundlichen Gesellschaft.

www.kinderschutzbund-fulda.de

Somali Community Service e. V. in Darmstadt

Zweck des Vereins ist die Förderung der Hilfe für Flüchtlinge sowie die Förderung der somalischen Jugendlichen bezgl. Schule und Ausbildung.

Lebenshilfe Frankfurt Ambulante Dienste gGmbH in Frankfurt am Main

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Menschen mit Behinderung.

www.lebenshilfe-ffm.de

EEH Deutschland e. V. in Darmstadt

Zweck des Vereins ist die Unterstützung und Förderung von Eltern und Kindern mit frühen Regulations- und Bindungsstörungen.

www.eeh-darmstadt.de

KinderNaturGarten gemeinnützige GmbH in Darmstadt

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb von Kindertagesstätten zum Zwecke der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern auf Grundlage der Waldorfpädagogik Rudolf Steiners.

www.kindernaturgarten.de

VSM – Kinder- und Jugendhilfe gGmbH in Frankfurt am Main

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendhilfe und der Erziehung.

www.vsm-kjh.de

Arbeitsfelder und Beitragsaufkommen 2020

MITGLIEDER-STATISTIK

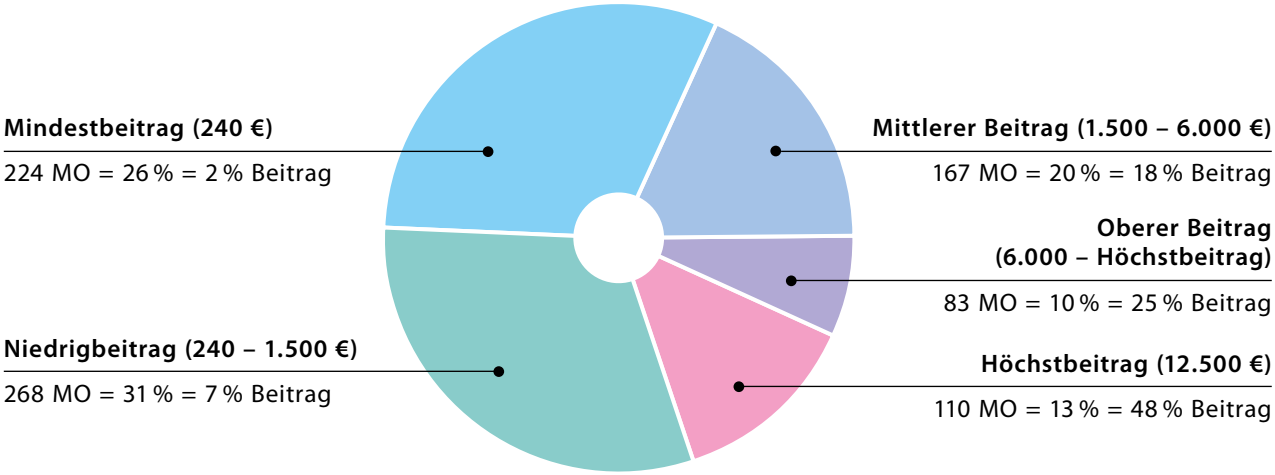
Die Verteilung der Mitgliedsorganisationen auf die Arbeitsfelder des Paritätischen Landesverbands Hessen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Der mitgliederstärkste Fachbereich ist nach wie vor die Kinder- und Jugendhilfe mit 27 Prozent der Mitgliedsorganisationen. Hier ist auch der zahlenmäßig stärkste Zuwachs mit 9 Mitgliedsorganisationen zu verzeichnen. Im Fachbereich der Behindertenhilfe arbeiten 15 Prozent der Mitgliedsorganisationen, gefolgt vom Fachbereich Frauen und Mädchen. Der Fachbereich Frauen und Mädchen war jedoch der Bereich, der mit drei Abgängen die meisten Mitglieder verloren hat. Von den 837 Mitgliedsorganisationen im Landesverband arbeiten nahezu 70 Prozent in mehr als einem Fachbereich.

Die Summe der Erlöse aus Mitgliedsbeiträgen lag 2020 bei rund 2,7 Millionen Euro. Hier konnte eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr erzielt werden. Ursächlich ist die von der Mitgliederversammlung 2019 beschlossene Beitragsanpassung, die nach mehr als zehn Jahren Beitragskonstanz eine Erhöhung für alle Beitragsgruppen auf den Weg brachte. Stabile Betriebs- und Finanzentwicklungen bei den allermeisten Bestandsmitgliedern ermöglichten diese für die mittel- und langfristige Finanzierung des Verbands angezeigte Beitragsentwicklung.

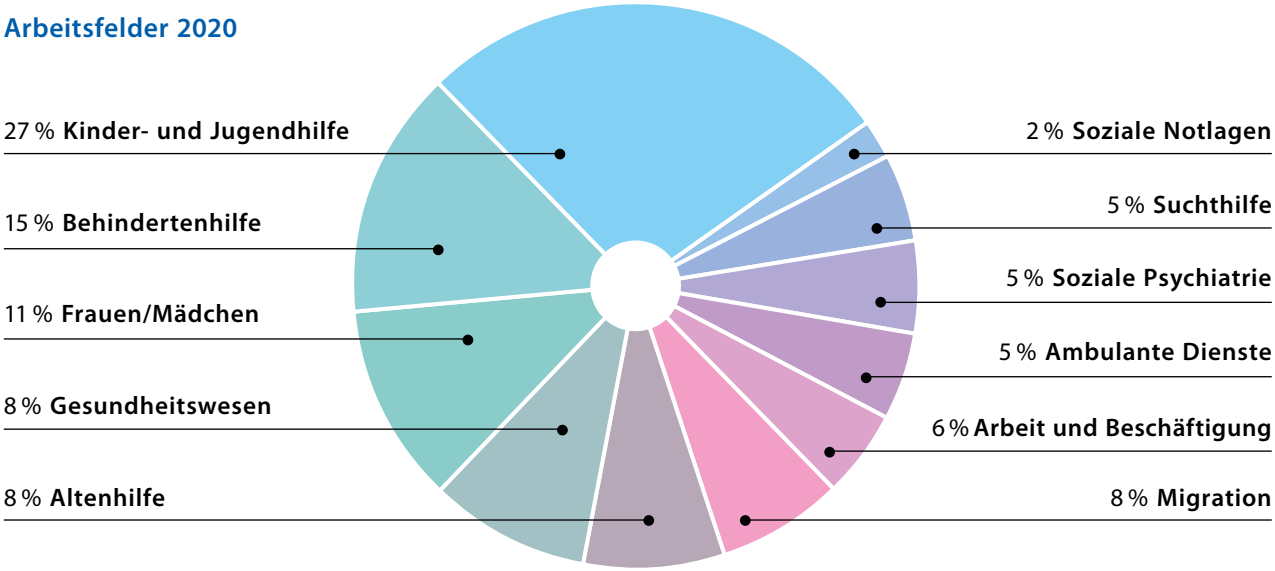
Insbesondere mittlere und sehr große Mitgliedsorganisationen tragen mit ihrem Wachstum maßgeblich zu einer verbesserten Beitragsentwicklung bei und verbildlichen damit das Solidarprinzip im Paritätischen Landesverband Hessen.

Mitgliederanzahl/Beitragsaufkommen 2020

(rd. 2,7 Mio. € Jahresbeitrag) nach Beitragsgruppen



Arbeitsfelder 2020



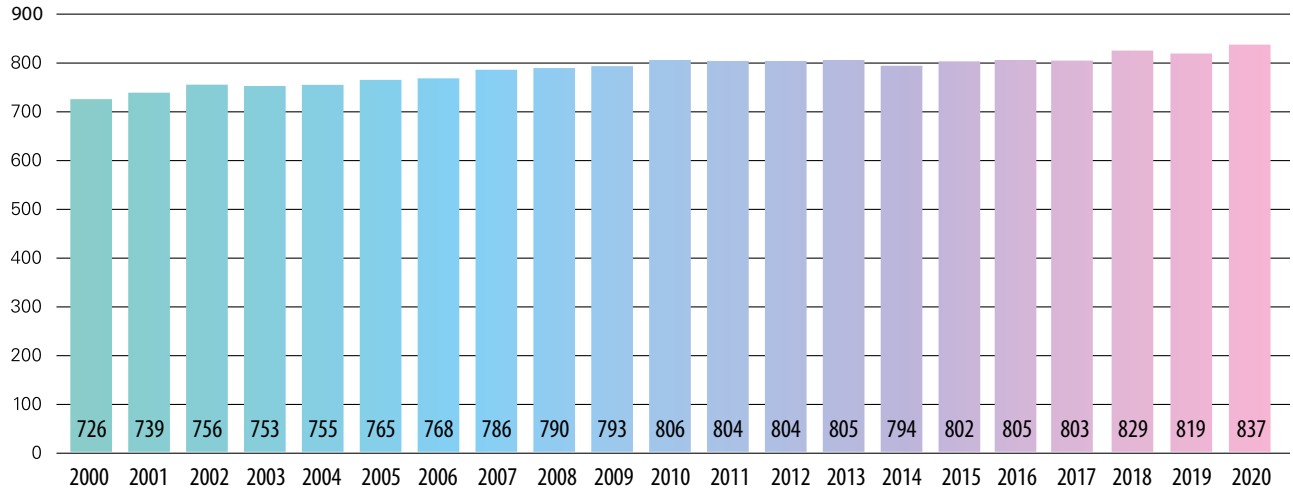
Mitgliederentwicklung 2020

Der Paritätische Landesverband Hessen verzeichnet für das Jahr 2020 insgesamt 837 ordentliche Mitgliedsorganisationen. Bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen konnten wieder mehr neue Organisationen aufgenommen werden (33), als Organisationen ihre Mitgliedschaft im Verband beendet haben (15). Unter den neuen Mitgliedern waren viele sehr kleine Organisationen. Hervorzuheben ist, dass erstmals seit vielen Jahren aber auch wieder vier besonders große Organisationen den Zugang zum Verband gefunden haben. Der erfreuliche Zuwachs an Mitgliedsorganisationen wird auch der Coronakrise zugeschrieben. Die Zugehörigkeit zu einem Spitzenverband wie dem Paritätischen mit seiner Beratungskompetenz und der nochmals intensivierten Interessenvertretung ist gerade in Krisenzeiten offenbar von besonderem Nutzen und Wert. Beim Bestand der Mitgliedsorganisationen bleibt es erfreulicherweise festzuhalten, dass sich diese – zumindest im Jahr 2020 – zumeist trotz Corona-Krise noch in einer finanziell stabilen Situation befanden.

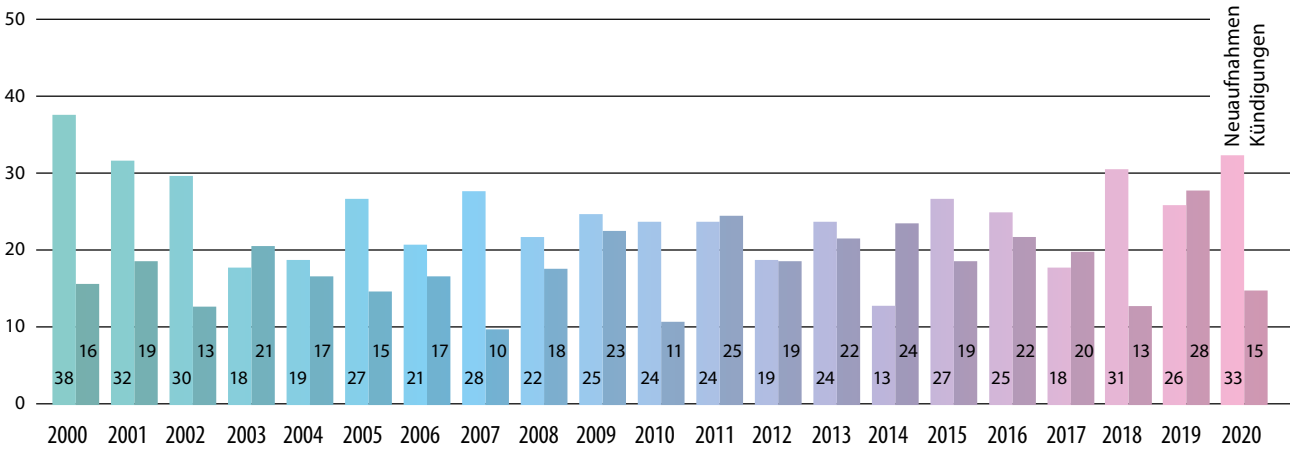
AUTOR Peter Miessner
KONTAKT bigay.morawitz@paritaet-hessen.org

MITGLIEDER-ENTWICKLUNG

Mitgliederentwicklung 2000–2020



Neuaufnahmen und Kündigungen 2000–2020



Paritätische Projekte gemeinnützige Gesellschaft mbH

TOCHTER-GESELLSCHAFT

Die Paritätische Projekte gemeinnützige GmbH wurde im Jahr 2000 als 100-prozentige Tochtergesellschaft des Paritätischen Landesverbands Hessen e. V. gegründet. Als Trägerin unterschiedlicher sozialer Einrichtungen und Dienste in Hessen, die in vielfältigen Feldern sozialer Arbeit aktiv sind, ist die Paritätische Projekte gemeinnützige GmbH stets der Unterstützung und Förderung, Ausbildung, Beschäftigung und (Wieder-) Eingliederung der ihr anvertrauten Menschen verpflichtet. Insbesondere den von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzten oder von Ausgrenzung bedrohten Menschen und sozialen Gruppen gilt ihr Engagement.

Durch die Einrichtungen unter dem Logo und Namen des Paritätischen trägt die Tochtergesellschaft zur positiven Wahrnehmung der Marke Parität bei Nutzer*innen der sozialen Arbeit sowie bei (potenziellen) Mitarbeiter*innen und der lokalen Öffentlichkeit bei.

DER PARITÄTISCHE
PARITÄTISCHE PROJEKTE
gemeinnützige Gesellschaft mbH

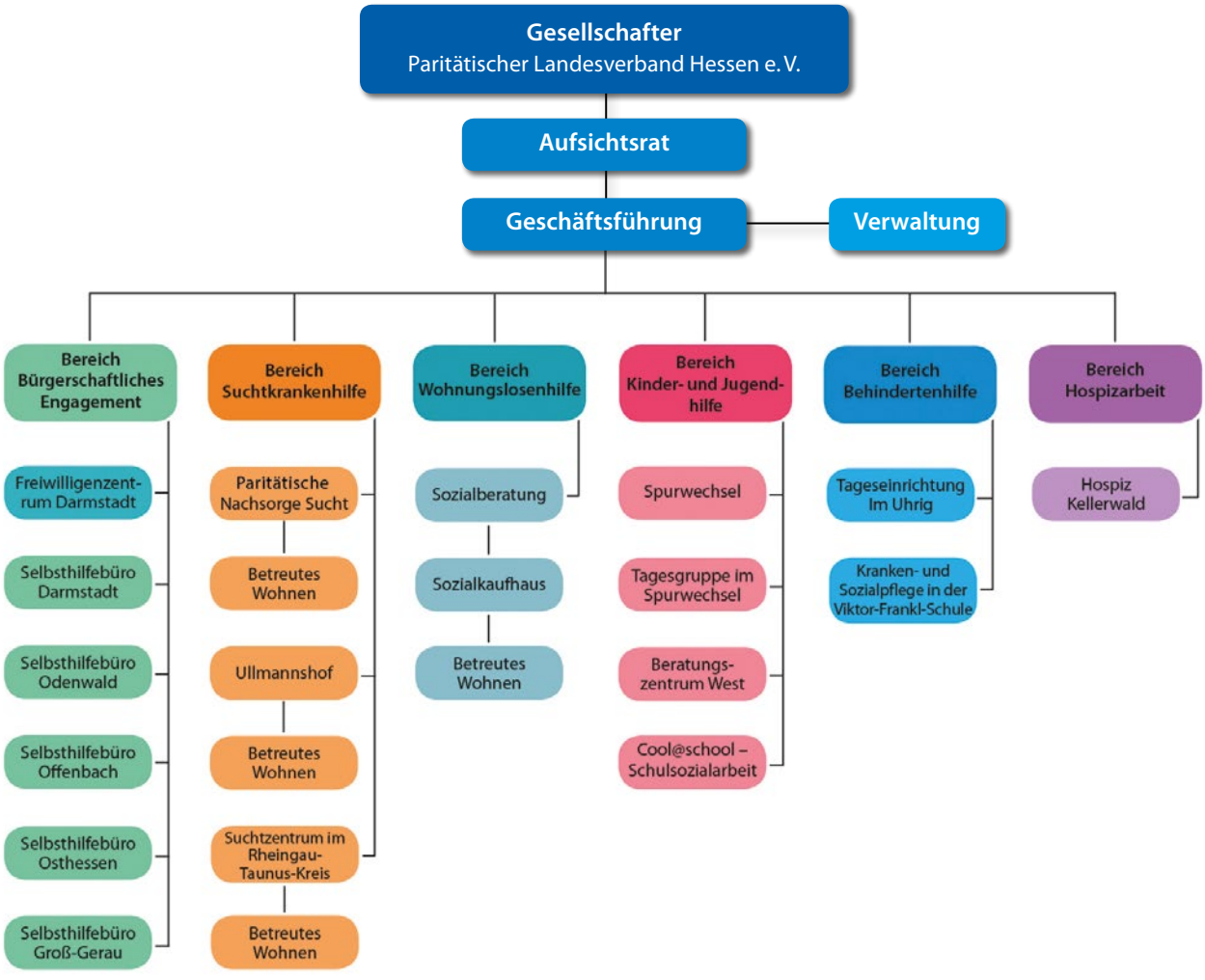
Kontakt

Paritätische Projekte
gemeinnützige GmbH
Lurgiallee 14
60439 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 / 2 47 47 34 30
E-Mail: info@paritaet-projekte.org

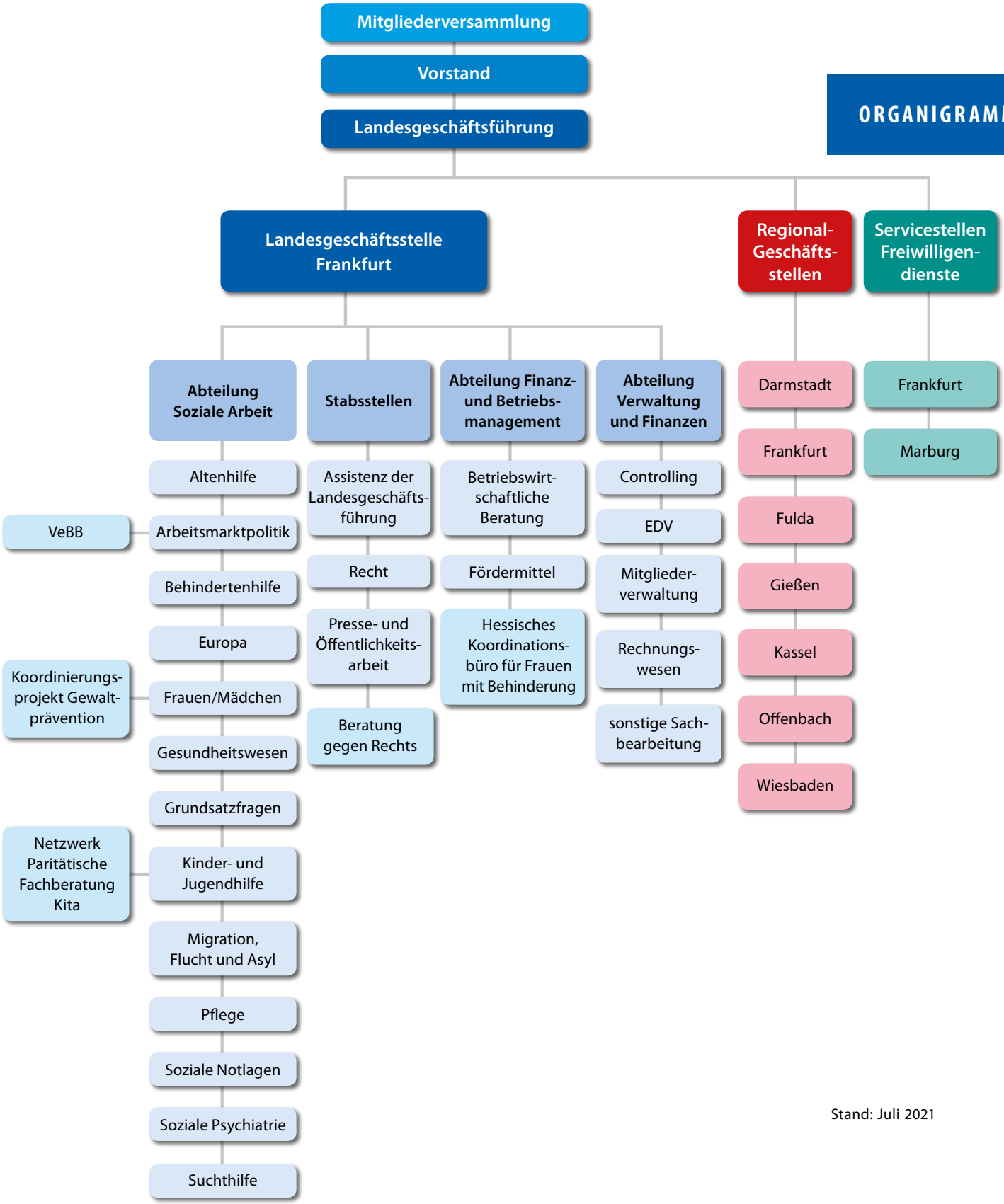
www.paritaet-projekte.org
www.paritaet-selbsthilfe.org
www.freiwilligenzentrum-darmstadt.org

Die Mitarbeiter*innen sind in folgenden Bereichen und Einrichtungen tätig:



DER PARITÄTISCHE HESSEN

ORGANIGRAMM



Stand: Juli 2021

AUTOR*INNEN

Margit Balß
Regionalgeschäftsführerin in Darmstadt
darmstadt@paritaet-hessen.org

Karola Günther
Regionalgeschäftsführerin in Fulda
fulda@paritaet-hessen.org

Eric Gumlich
Referent für Kinder- und Jugendhilfe
eric.gumlich@paritaet-hessen.org

Rosa-Maria Hamacher
Regionalgeschäftsführerin in Kassel
kassel@paritaet-hessen.org

Barbara Helfrich
Referentin für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit
barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

Marion Hersina
Referentin für Altenhilfe
und Gesundheitswesen
marion.hersina@paritaet-hessen.org

Nina Hollatz
Team Förderwesen
Projekt VeBB
nina.hollatz@paritaet-hessen.org

Claudia Klee
Regionalgeschäftsführerin in Gießen
giessen@paritaet-hessen.org

Stephan Kunz
Koordination Kreisgruppe Wetterau
info@paritaet-wetterau.de

Claudia Landor
Team Förderwesen
claudia.landor@paritaet-hessen.org

Heike Lange
Regionalgeschäftsführerin in Wiesbaden
wiesbaden@paritaet-hessen.org

Lars Lauer
Referent Suchthilfe und Soziale Notlagen
lars.lauer@paritaet-hessen.org

Artur Louis
Assistenz der Geschäftsführung
Team Förderwesen, Referat Europa
artur.louis@paritaet-hessen.org

Antje Meinzer
Projektkoordinatorin Schierstein inklusiv
antje.meinzer@paritaet-hessen.org

Peter Miessner
Stellvertretender Landes-
geschäftsführer
peter.miessner@paritaet-hessen.org

Kristina Nottbohm
Referentin für Frauen/Mädchen
kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org

Oliver Rodenhäuser
Abteilungsleiter Finanz-
und Betriebsmanagement
oliver.rodenhaeuser@paritaet-hessen.org

Lea Rosenberg
Referentin für Migration, Flucht und Asyl
lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Brigitte Roth
Referentin für Behindertenhilfe
und Soziale Psychiatrie
brigitte.roth@paritaet-hessen.org

Hanne Schirmer
Regionalgeschäftsführerin in Offenbach
offenbach@paritaet-hessen.org

Rita Schroll
Leiterin des Hessischen Koordinationsbüros
für Frauen mit Behinderung
hkfb@paritaet-hessen.org

Chrysovalantou Vangeltziki
Referentin für Recht (bis Dezember 2020)
chrysovalantou.vangeltziki@paritaet-hessen.org

Daniela Wilhelm
Netzwerk Paritätische Fachberatung
Kindertageseinrichtungen
daniela.wilhelm@fachberatung-kita.org

Annette Wippermann
Referentin für Grundsatzfragen
sowie Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung
annette.wippermann@paritaet-hessen.org

Michael Zimmermann-Freitag
Regionalgeschäftsführer in Frankfurt
frankfurt@paritaet-hessen.org

Bildnachweis

Titel Aktion Mensch – Thilo Schmülgen
S. 2, 13, 19, 20, 26, 30 Barbara Helfrich
S. 5 Ilona Surrey
S. 6 iStock Geber 68
S. 7 iStock Photo Concepts
S. 8 iStock 2K Studio
S. 9 TheAndrasBarta Pixabay
S. 10 iStock elenaleonova
S. 12 iStock SanyaSM
S. 14 Adobe Stock Fiedels
S. 15 iStock fermate
S. 16 iStock geralt
S. 17 iStock pra-chid
S. 21 iStock sonreir es gratis
S. 24 iStock humonia
S. 25 ICOON (picture dictionary)
S. 27 Privat
S. 28 Adobe Stock Ginda Sanders
S. 29 Aktion Mensch – Thilo Schmülgen
S. 32 Regionalgeschäftsstelle Offenbach
S. 36 Nadja Schwarzwäller i. A. d. Stadt Marburg
S. 37 Spielmobil Rote Rübe e. V.
S. 38 Julia Kornek
S. 39 © Nonwarit/Fotolia

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e. V.
Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69 / 95 52 62-0
Fax: 0 69 / 55 12 92
E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org
V. i. S. d. P.: Dr. Yasmin Alinaghi
Landesgeschäftsführerin
Auflage: 500, Juli 2021

Mit diesem QR-Code können Sie ein PDF des Jahresberichts von der Website des Paritätischen Hessen herunterladen:

© SolStock - gettyimages.de

Ihr Interessenvertreter in allen Versicherungsangelegenheiten der Sozialwirtschaft

Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des PARITÄTISCHEN Hessen
- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

UNION Versicherungsdienst GmbH
Lurgiallee 6 – 8 • 60439 Frankfurt
Telefon +49 69 957345-0
info@union-paritaet.de
www.union-paritaet.de

Ein Unternehmen
des PARITÄTISCHEN

DER PARITÄTISCHE

UNION
VERSICHERUNGSDIENST